



Eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung beurteilt die EU negativ

Richtschnur für den Bundesrat bei den Verhandlungen mit der EU

von Thomas Kaiser

Eine neue repräsentative Umfrage zum Verhältnis Schweiz-EU bringt Klarheit: Von fast 20000 Befragten beurteilen 49 Prozent die EU negativ, 28 Prozent stehen der EU positiv gegenüber. Die Gründe für die Ablehnung sind vielfältig und unmissverständlich: Die grösste Gefahr sieht man in der Einschränkung der Souveränität und darin, dass die direkte Demokratie verloren gehe. «Im Hinblick auf die besondere Beziehung der Schweiz zur EU steht die Frage, wie viel Souveränität man im Austausch für wirtschaftliche Vorteile aufgeben sollte, im Zentrum. Negative Gefühle gegenüber der EU fussen stark auf der Ansicht, dass die Schweiz ihre direkte Demokratie und ihre Unabhängigkeit durch eine stärkere Anbindung an die EU gefährdet.» Im Klartext heisst das, eine EU-Begeisterung, wenn es sie jemals gegeben haben sollte und nicht nur einem Wunschdenken der EU-Befürworter entsprungen ist, lässt sich heute nicht (mehr) erkennen.

Die Umfrage, durchgeführt vom Meinungsforschungsinstitut gfs-Bern im Auftrag der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG), wird 25 Jahre nach Abschluss der bilateralen Verträge I 1999 zwischen der Schweiz und der EU der Öffentlichkeit präsentiert.¹ Die bilateralen Verträge waren als eine Alternative zu einem EU-Beitritt gedacht. Nachdem bereits 1992 der vom Bundesrat anvisierte Beitritt zum EWR an der Urne gescheitert war, schien es aussichtslos, die Schweiz in die EU zu führen. Dennoch stellte der Bundesrat damals ein Gesuch für den EU-Beitritt.

Vielleicht ist der Zeitpunkt der Umfrage zufällig, vielleicht hat er aber auch eine Korrelation zu den

aktuellen Verhandlungen, deren Ergebnis mit einer gewissen Skepsis erwartet wird.

Vorgaben der EU

Am 18. März 2024 hat der Bundesrat offiziell die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU eröffnet.²

Die EU hatte bereits in einer Pressemitteilung vom 20.12.2023 die zu verhandelnden Bereiche festgelegt:

«Das vorgeschlagene Verhandlungsmandat umfasst insbesondere folgende Elemente:

- Institutionelle Elemente, die in bestehende und künftige bilaterale Abkommen aufgenommen werden sollen und die Teilnahme der Schweiz am Binnenmarkt ermöglichen würden.
- Die weitere Vorgehensweise bezüglich der Personenfreizügigkeit und der Entsendung von Arbeitnehmern. Dabei werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern sowie Arbeitnehmern aus der EU geschützt werden können, indem unter anderem eine Diskriminierung von Bürgern verschiedener Mitgliedstaaten vermieden wird.
- Ein Abkommen, das die Grundlage für den regelmässigen Beitrag der Schweiz zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der EU bilden würde.
- Ein Abkommen, das die Assoziation der Schweiz mit einer Reihe von Unionsprogrammen (einschliesslich «Horizont Europa») vorsehen würde. In der Vereinbarung wird auch die weitere Vorgehensweise für Übergangsregelungen festgelegt, die es Schweizer Einrich-

tungen ermöglichen würden, noch vor Abschluss der Verhandlungen Finanzhilfen im Rahmen einiger Forschungsprogramme der Union zu beantragen.»³

In der Auflistung der Punkte fällt unter anderem jener auf: «Institutionelle Elemente, die in bestehenden und künftige bilaterale Abkommen aufgenommen werden sollen und die Teilnahme der Schweiz am Binnenmarkt ermöglichen würden.»

Verschiedene «Elemente» bedürften einer genauen Prüfung Was jedoch Unbehagen bereitet,

INHALT	
Digital Service Act (DSA)	
Interview mit Andrej Hunko, MdB	4
Sieht so der «European Green Deal» aus?	
von Susanne Lienhard	6
«Selenskyjs «Siegesplan» ist gescheitert»	
Interview mit Jacques Baud	8
Die Wandmalereien von der «iranischen Atombombe»	
von Dr. phil. Helmut Scheben	11
Naher Osten: «Die Niederlage des Siegers»	
Interview mit Jacques Baud	12
«Die Uno-Charta würde vollkommen» genügen»	
Interview mit Prof. Dr. Alfred de Zayas	14
Die angeblich humanste Armee der Welt ...	
von Ivo Zanoni	18
Ohne die UNRWA kann der Bevölkerung von Gaza keine Hilfe geleistet werden	
Offener Brief an den Ständerat	19

sind «institutionelle Elemente».

Arroganz der Macht

Der letzte Versuch, zwischen der EU und der Schweiz ein «Institutionelles Abkommen» zu schliessen, scheiterte, als der Bundesrat realisierte, dass ein solcher Vertrag, der gewisse Abkommen der EU-Rechtsprechung unterstellt hätte, an der Urne chancenlos gewesen wäre. Am 26. Mai 2021 wurden die Verhandlungen mit der EU ergebnislos abgebrochen, da die EU keine Bereitschaft zeigte, einzelne Punkte nachzuverhandeln. Die Reaktion der EU liess nicht lange auf sich warten. Sie verweigerte der Schweiz die Teilnahme am Forschungsprojekt «Horizon». Auch durfte sie beim Handel mit Medizinprodukten nicht mehr als gleichberechtigter Partner am Binnenmarkt teilhaben. Im grenzüberschreitenden Bahnverkehr behandelte die EU die Schweiz als Drittstaat wie Albanien, Serbien oder die Türkei.

Es war zu dreist von der Schweiz, der «grossen» EU die Unterschrift unter einen Rahmenvertrag zu verweigern, der das Land letztlich unter die Kontrolle der EU gestellt hätte. Die Übernahme schlug fehl.

Die Reaktion der EU zeigt zum einen die Arroganz der Macht, zum andern das völlige Unverständnis für die politischen Gegebenheiten in der Schweiz. Die EU ist mit ihrer Organisation und ihrem demokratischen Verständnis so weit von der Schweiz entfernt, dass eine Annäherung nur mit einem grossen Souveränitätsverlust verbunden wäre. Das scheint ein grosser Teil der Bevölkerung gemäss der Umfrage sehr wohl verstanden zu haben. – Dass diejenigen, die sich dieser Gefahren bewusst sind, laut Statistik mehrheitlich keine Hochschulabgänger sind, wirft nicht unbedingt ein gutes Licht auf die «geistige Elite» in unserem Land.

Keine Ahnung vom Schweizer System

In der EU gibt es keinen Staat, in dem die Bevölkerung über die Annahme oder die Ablehnung eines bilateralen Vertrags mitentscheiden kann. Das politische Geschehen spielt sich meilenweit entfernt von den Bürgern und ihren Interes-

sen ab. Das wäre in der Schweiz undenkbar. Hier gebührt Volk und Ständen in unzähligen politischen Entscheidungen das letzte Wort. Wer mit der Schweiz verhandelt, muss das verstehen, sonst kann kaum eine gemeinsame Ebene gefunden werden. Dass in der EU eine erschreckende Unkenntnis über das politische System der Schweiz herrscht, zeigt die Aussage, des für die Beziehungen zur Schweiz zuständigen Kommissars, Maros Šefčovič: «Wir wollen beide sicherstellen, dass wir zu einem Abkommen kommen, das von der Schweizer Regierung, den Kantonen, dem Parlament und dem Volk unterstützt wird.» Das ist nicht ganz falsch, aber das Volk muss sie nicht nur unterstützen, sondern wird am Ende in einer Volksabstimmung Ja oder Nein sagen. «Das ist bei uns nicht ganz anders: Wir müssen auch erst unsere Kollegen in der Kommission, in den 27 Mitgliedstaaten und im Europäischen Parlament überzeugen.»⁴

Das «nicht ganz anders» ist der wesentliche Unterschied zwischen den Staaten der EU und der Schweiz: die direkte Demokratie. Der Bundesrat, das Parlament und die Kantonsregierungen können noch lange etwas wollen, wenn das Volk Nein sagt, dann gilt das Nein. Das wird in der EU bis heute nicht begriffen, oder man will es nicht begreifen, weil es ihren Zielen im Wege steht.

Direkte Demokratie und Souveränität in Gefahr

Obwohl eine grosse Mehrheit der Befragten EU-kritisch eingestellt ist, befürworten hingegen 71 Prozent Verhandlungen mit der EU zur «Weiterentwicklung der bilateralen Abkommen». Das heisst, man vermutet in den aktuell verhandelten Verträgen keinen Verlust an Souveränität bzw. keine Gefährdung der direkten Demokratie. Bei der Umfrage wurde leider nicht gefragt, was man sich von der Weiterentwicklung der bilateralen Abkommen verspricht bzw. was man von ihr erwartet oder sich darunter vorstellt. Bis heute wissen wir nicht, was genau in den Verträgen steht. Bekannt ist vor allem, was die EU will bzw. was sie sicher nicht will.

Der 2021 versenkte Rahmen-

vertrag hätte vor Volk und Ständen nicht bestehen können. Daher musste der Bundesrat die Notbremse ziehen, wenn er an der Urne keine «Schlappe» kassieren wollte.

Window dressing

Das Abkommen, das jetzt ausgehandelt wird, konnte nicht mehr Rahmenabkommen genannt werden, da es so sofort durchgefallen wäre. Also taufte man es kurzerhand in die Bilateralen Verträge III um. Da der bilaterale Weg von der Mehrheit der Bevölkerung, wie die Umfrage zeigt, unterstützt wird, scheint der Plan des Bundesrats aufzugehen. Tatsächlich streut er Sand in die Augen der Bevölkerung. Tatsache ist, dass die EU die gleichen Forderungen wie beim Rahmenabkommen hat. Sie verlangt, dass bei fünf bisherigen und allen zukünftigen bilateralen Abkommen Uneinigkeiten in der Auslegung des Vertrags vom Europäischen Gerichtshof als letzter Instanz entschieden werden. Die Schweiz müsste sich einem allfälligen Urteil beugen. Im Klartext heisst das: Es gilt EU-Recht. Die Schweiz muss also automatisch EU-Recht akzeptieren, was euphemistisch «dynamische Rechtsübernahme» genannt wird. Aber daran ist nichts Dynamisches, die Schweiz hat keinen Spielraum.

«Kompass Europa», kritischer Beobachter der bundesrätlichen EU-Politik, kommt zu folgendem Schluss: «Es ist die Taktik der Befürworter des Rahmenabkommens, dieses als «Bilaterale III» zu bezeichnen. Es soll insinuiieren, dass wir mit den aktuellen Verhandlungen eine Fortführung der Bilateralen I und II erreichen. Das ist falsch und irreführend, weil die Verhandlungsgrundlage (das sogenannte Common Understanding) explizit vorsieht, dass Elemente wie zum Beispiel die dynamische Rechtsübernahme über das gesamte Verhandlungspaket anwendbar sind. Somit handelt es sich wie 2021 wieder um einen Rahmenvertrag.»⁵

EU setzt Schweiz unter Druck

In den aktuellen Verhandlungen setzt die EU die Schweiz unter Druck und verlangt eine Liberalisierung des Bahnverkehrs. Das Gleiche soll auch dem Strommarkt

blühen. Das Begehren, die Zuwanderung zu begrenzen, wird von der EU hingegen kategorisch abgelehnt. Auch der von der Schweiz geforderte Lohnschutz wird von der EU nicht respektiert. «Kurz: Die Schweizer Begehrlichkeiten seien schlicht nicht realistisch, so hört man in Brüssel.»⁶

Yves Maillard, der Schweizer Gewerkschaftsboss, nimmt eindeutig Stellung dazu: «Unsere Position ist seit Jahren bekannt. Wir fordern Sicherheit beim Lohnschutz: gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Und wir akzeptieren nicht, dass Elektrizität und Bahn liberalisiert werden sollen. Jeder in Europa weiss, dass der Schienenverkehr in der Schweiz funktioniert.»⁷

Viola Amherd galoppiert allen voraus

Man kann es drehen und wenden, wie man will. Die EU wird sich kaum den Vorstellungen der Schweiz beugen, das war nach dem Abbruch der Verhandlungen über das Rahmenabkommen offensichtlich. Da einzelne Bundesräte kein Problem damit hätten, sich ohne EU-Beitritt, weil dieser entsprechend der aktuellen Umfrage nicht mehrheitsfähig wäre, so weit wie möglich der EU anzunähern, führt dazu, dass sie den Forderungen der EU zu wenig entgegensetzen und dem Schweizer Volkswillen zu wenig Nachdruck verleihen. Allen voraus galoppiert die aktuelle Bundespräsidentin Viola Amherd. Sie will sich nicht nur der Nato in die Arme werfen, sondern auch der EU. In einer Pressemitteilung über den Stand der Verhandlungen schreibt der Bundesrat: «Der Bundesrat will den bilateralen Weg stabilisieren und weiterentwickeln und gleichzeitig die wesentlichen Interessen der Schweiz wahren, auch in den Berei-

chen Lohnschutz und Zuwanderung.»⁸

Keine Entscheidungskompetenz dem EuGH

Das «weiterentwickeln» der bilateralen Verträge wird an anderer Stelle als «Modernisierung» bezeichnet, was aber nichts daran ändert, dass es sich dabei um eine engere Anbindung der Schweiz an die EU handelt. Was die «wesentlichen Interessen der Schweiz» sind, die es zu «wahren» gilt, bleibt unbestimmt. Lohnschutz und Zuwanderung sind nicht die einzigen, die auf dem Spiel stehen, die staatliche Souveränität und die direkte Demokratie werden mit diesem Vertrag erheblich eingeschränkt, da die letzte Entscheidungskompetenz in Streitfragen dem EuGH obliegt.

Seit Monaten wird schon verhandelt, und man fragt sich, was in diesen Sitzungen eigentlich besprochen wird. Der Bundesrat schreibt: «Seit der Aufnahme der Verhandlungen mit der Europäischen Kommission am 18. März 2024 fanden mehr als 70 Sitzungen statt, an denen über zwanzig Bundesämter sowie die Konferenz der Kantonsregierungen beteiligt waren.»⁹

Bundesrat muss dem Volkswillen folgen

Da, wie bekannt, trotz der unzähligen Sitzungen die wesentlichen Punkte noch nicht geklärt sind, kann es, wenn man den Vertrag bis Ende Jahr abschliessen will, nur noch faule Kompromisse geben: «Seit März sitzt man am Verhandlungstisch, und beide Seiten haben weiterhin die Absicht, bis Ende Jahr zu einem Ergebnis zu gelangen. Die Zeit läuft also langsam davon, denn noch sind zen-

trale Punkte nicht geklärt.»¹⁰

Wenn 70 Sitzungen noch immer zu keinem akzeptablen Resultat geführt haben, stellt sich die Frage, wie man mit dem Verhandlungspartner in diesen Fragen zu einer Einigung kommen kann. Entscheidend ist, wie standfest die Unterhändler und letztlich der Bundesrat sich zeigen, doch hier bestehen nach den Erfahrungen der letzten zweieinhalb Jahre berechtigte Zweifel. Der Bundesrat muss als Exekutive offen und transparent informieren. Alles andere wäre eine Missachtung des Volks und unserer direkten Demokratie. Die Hoffnung bleibt, dass die Schweiz nicht an die EU verkauft wird. Sollte der Bundesrat dennoch in diese Richtung gehen, braucht es den geharnischten Einspruch der Bevölkerung.

Beruhigend am Ganzen ist, dass das Volk und die Stände das letzte Wort haben werden. ■

¹ www.gfsbern.ch/wp-content/uploads/2024/10/243153_bericht_europa_im_alltag_def_24.10.2024.pdf

² www.eda.admin.ch/content/eda/de/home/das-eda/aktuell/news.html/content/eda/de/meta/news/2024/3/18/100438.html

³ ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_6759

⁴ www.nzz.ch/schweiz/eu-kommissar-maros-sefcovic-hat-der-schweiz-zugehoert-ld.1822702

⁵ www.tagesanzeiger.ch/schweiz-eu-warum-wir-keinen-rahmenvertrag-brauchen-572844373769

⁶ www.nzz.ch/schweiz/verhandlungen-schweiz-eu-streitpunkt-personenfreizuegigkeit-und-schutzklausel-ld.1851512

⁷ www.blick.ch/politik/interview-mit-gewerkschaftsboss-pierre-yves-maillard-die-gesundheitsreform-ist-ein-murks-und-das-eu-dossier-offen-id20241696.html

⁸ www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-101654.html

⁹ www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-101654.html

¹⁰ www.nzz.ch/schweiz/verhandlungen-schweiz-eu-streitpunkt-personenfreizuegigkeit-und-schutzklausel-ld.1851512

Impressum

Zeitgeschehen im Fokus

Erscheinung: ca. 18mal jährlich

Herausgeber Verein *Zeitgeschehen im Fokus* | Postfach | CH 8305 Dietlikon

Redaktion Dr. phil. Henriette Hanke Güttinger (hhg), Thomas Kaiser (thk), Reinhard Koradi (rk)

Produktion und Gestaltung Robert Hofmann (roho), Andreas Kaiser (ak)

Kontakt redaktion@zeitgeschehen-im-fokus.ch

Online www.zeitgeschehen-im-fokus.ch

© 2024 für alle Texte und Bilder bei der Redaktion. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle.

Abonnieren Sie

Zeitgeschehen im Fokus

Online-Ausgabe CHF/Euro 50.00/Jahr

Print-/Online-Ausgabe CHF/Euro 80.00/Jahr

Einzelausgabe: CHF/Euro 5.00

WIR-Bank-Konto 679.098-07.1800

IBAN CH32 0839 1679 0980 7180 0

Bestellung abo@zgif.ch

Online www.zeitgeschehen-im-fokus.ch

Digital Service Act (DSA)

«Die Exekutive entscheidet, was Recht und Unrecht ist»

Interview mit dem Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko

Zeitgeschehen im Fokus Es gibt verschiedene Juristen, die vor einer Meinungskontrolle in Deutschland warnen. Dabei geht es insbesondere um die Kontrolle des Internets. Was kommt damit auf die Menschen zu?

Bundestagsabgeordneter Andrej Hunko In der EU wurde 2022 der Digital Service Act, also das Gesetz über Digitale Dienste beschlossen, auf dessen Grundlage es möglich sein soll, rechtswidrige Inhalte im Netz zu löschen. Tatsächlich ermöglicht die bisherige Gesetzeslage es bereits, gegen strafrechtlich relevante oder illegale Inhalte auf öffentlichen Internetseiten und Plattformen Anzeige zu erstatten. Deutschland ist wie alle übrigen EU-Staaten verpflichtet, den DSA in nationales Recht umzusetzen. Das geschah in Deutschland im Februar 2024.

Problematisch am DSA ist, dass jetzt der Begriff «rechtswidrige Inhalte» durch unbestimmte Rechtsbegriffe wie zum Beispiel Hass, Hetze, Fake News und andere nicht klar abgegrenzte Begriffe ergänzt wird. Unbestimmte Rechtsbegriffe unterliegen einer subjektiven Wahrnehmung und öffnen der Zensur damit Tür und Tor.

Wer definiert denn, was Hassrede, Hetze, Desinformation und so weiter sein soll?

Das ist die grosse Frage. Die Bundesnetzagentur hat aufgrund von Kritik ihre ursprüngliche Pressemitteilung zur Umsetzung des DSA leicht revidiert und spricht nun von illegalen Inhalten, illegalem Hass und illegalen Fake News. Dazu heisst es aktuell auf der Homepage des Bundesnetzministeriums: «Uns hat zur ursprünglichen Version dieser Pressemitteilung berechnete Kritik erreicht. Es waren illegale Inhalte, illegaler Hass und illegale Fake News gemeint. Wir haben den Text an dieser Stelle präzisiert und einen Satz ergänzt, der Missverständnisse ausräumen soll.» Das ist aus meiner Sicht nur Kosmetik, denn was zum Beispiel illegale Fake News und was legale Fake News sind, bleibt

weiter unklar. Das gleiche gilt für Hass oder Hetze. Es bleibt unklar, wann Hetze illegal ist.

Solche Formulierungen hebeln aus meiner Sicht das Bestimmtheitsgebot aus. Wenn unbestimmt ist, was als Straftat gilt, lebt der Bürger in einer permanenten Unsicherheit, ob er Recht verletzt oder nicht. Natürlich gibt es immer Grenzfälle, aber im Grundsatz muss klar sein, was rechtswidrig ist und was nicht. Unbestimmte Rechtsbegriffe haben verheerende Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit und letztlich auf die Demokratie. Das weiss auch die EU, die im Fall der Türkei die Vorbeitrittshilfen mit dem Verweis auf die Unbestimmtheit des Terrorismusbegriffs der türkischen Regierung stoppte. Aufgrund des sehr dehnbaren Terrorismusvorwurfs wurden in der Türkei Hunderttausende entlassen oder kamen ins Gefängnis. Dies hat die EU-Kommission richtigerweise kritisiert. Heute macht sie in gewissem Sinne dasselbe wie die türkische Regierung, indem sie mit nicht klar definierten Begriffen deren Dehnbarkeit erlaubt und so das Bestimmtheitsgebot verletzt.

Hätte der Deutsche Bundestag die Umsetzung des DSA in nationales Recht ablehnen können?

Nein. EU-Recht steht aktuell über nationalem Recht. Die nationalen Parlamente können aber in der Umsetzung eingeschränkt bis zu einem gewissen Grad mitgestalten. Die deutsche Umsetzung übernimmt leider einfach die im DSA enthaltenen unbestimmten Rechtsbegriffe, anstatt sie zu klären. Dazu zählt auch der Begriff der so genannten «Trusted Flaggers» – auf Deutsch: vertrauenswürdige Hinweisgeber. Trusted Flaggers suchen im Auftrag von Regierungsstellen im Netz nach den erwähnten «rechtswidrigen Inhalten» oder eben auch dem, was sie als Fake News, Hass oder Hetze ansehen. Was jetzt beginnen muss, ist eine gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber, inwiefern der DSA fundamentale rechtsstaatliche Prinzipien ausser Kraft setzt und wie dies abgewendet werden kann.



Bundestagsabgeordneter Andrej Hunko, BSW (Bild thk)

Die praktische Umsetzung der deutschen Gesetzgebung beginnt jetzt erst und muss aus meiner Sicht unbedingt Gegenstand politischer Auseinandersetzung werden.

Was für eine Position haben die Trusted Flaggers im Rechtsstaat. Was für Kriterien müssen sie erfüllen?

Die von einem Grünen namens Klaus Müller geführte Bundesnetzagentur bestimmt als für die Umsetzung des DAS zuständige Behörde, wer ein Trusted Flagger ist. Bisher gibt es in Deutschland einen anerkannten Trusted Flagger, eine Organisation namens «Respect!», die vom Familienministerium, das ebenfalls den Grünen unterstellt ist, finanziert wird. «Respect!» ist eine Organisation der Jugendstiftung Baden-Württemberg. Wenn man auf ihre Homepage geht, staunt man, wer alles mit «Respect!» zusammenarbeitet und sie finanziell unterstützt. Da sind unter anderem Baden-Württembergs Ministerium für Soziales, das bayrische Staatsministerium für Familie, die bayrische Staatsregierung und andere aufgelistet. Eine Regierungsbehörde unter Grüner Führung ernennt also eine ihr nahestehende private Organisation, die von einem ebenfalls Grün geführten Ministerium finanziert wird, und überträgt ihr die Kompetenz zu beurteilen, was zum Beispiel als «Hassrede» oder «Desinformation» zu deklarieren ist.

Dürfen die Flagger ganz eigenständig agieren und die Löschung irgendwelcher Inhalte verlangen?

Nein, nicht ganz. Sie müssen ihre Erkenntnis, etwas sei strafrechtlich relevant, dem Bundeskriminalamt (BKA) melden. So wie es dargestellt wird, hat «Respect!» eigene Juristen, die die strafrechtliche Relevanz prüfen. Wenn tatsächlich strafrechtliche Verstösse

vorliegen, dann sollten sie auch geahndet werden. Das ist klar. Wenn das Bundeskriminalamt die strafrechtliche Relevanz bestätigt, hat «Respect!» den Auftrag, diesen entsprechenden Plattformen zu melden, die dann angehalten sind, die Inhalte zu löschen. Der Rechtsweg ist noch nicht bestimmt. Auf der Homepage der Organisation «Respect!» steht, dass sie Meldungen sammelt und an das BKA weitergibt.

Eine private Stelle entscheidet also in einem ersten Schritt, was strafrechtlich relevant ist, und meldet das dem BKA. Werden hier nicht rechtsstaatliche Grundsätze verletzt?

Die Vermischung von staatlichen und privaten Akteuren erzeugt ein berechtigtes Misstrauen. Was hier geschieht, ist auch eine Verletzung der Gewaltenteilung, weil die Judikative umgangen wird. Das BKA ist kein Gericht. Richter, die darüber entscheiden, ob tatsächlich ein Straftatbestand vorliegt, sind bei diesem zwischen Trusted Flaggers und BKA stattfindenden Prozess nicht einbezogen. Es entscheidet also die Exekutive, was Recht und Unrecht ist. Konkret setzt die Regierung, also die Exekutive, eine private Organisation ein, die von ihr Aufträge erhält und sich in der Umsetzung dieser Aufträge an das Bundeskriminalamt wenden muss. Das Bundeskriminalamt wiederum untersteht ebenfalls dem Innenministerium und damit der Regierung, ist also ebenfalls Exekutivorgan. Zwar steht betroffenen Betreibern von Webseiten und Plattformen der Rechtsweg offen, um sich gegen die Zensur zu wehren. In der Praxis schaffen Trusted Flaggers im schnelllebigen Internet erstmal Tatsachen.

Was bedeutet es für unsere Demokratie, wenn eine private Stelle Erkenntnisse aus dem Netz an eine staatliche Stelle weiterleitet zwecks Löschung oder gar Strafverfolgung?

Mir macht das den Eindruck einer Art staatlich organisierter Denunziation. Die Webseite von «Respect!» funktioniert als niedrigschwellige, einfach zu nutzende Meldestelle, über die jeder anonym Meldung erstatten kann. Ein Leitfaden der Bundesnetzagentur listet verschiedene

für Anzeigen relevante Bereiche auf. Für jeden Bereich gibt es im Leitfaden eine Liste möglicher Rechtsverstöße, jeweils ergänzt durch die Kategorie «andere». Letzteres verletzt das Bestimmtheitsgebot. Der Leitfaden erwähnt sowohl «unerwünschte» Aussagen als auch «rechtswidrige» Äusserungen. So verwischt die Grenze zwischen rechtswidrigen Äusserungen und letztlich unerwünschten Meinungen, die unter schwammigen Begriffen wie Desinformation, Fake News, Hass und Hetze und Ähnlichem genannt werden. Das ist effektiv eine Einschränkung der freien Auseinandersetzung, die ein grundlegendes Element einer Demokratie darstellt. Es ist auch der erste Schritt auf diesem Weg hin zu einem Zensurstaat. Was bekämpft werden soll, ist offenbar das, was das DSA schwammig als «schädlichen Diskurs» bezeichnet. Diskurs ist aber niemals schädlich, jedenfalls nicht in freien Demokratien.

Der deutsche Verfassungsrechtler Joseph Franz Lindner sagt sinngemäss, dass das DSA der Einstieg in den Zensurstaat sein könnte. Nachdem, was Sie bisher berichten, ist das nicht abwegig.

Joseph Franz Lindner schrieb vor ein paar Tagen, der Anhang zum Leitfaden mit meldungsrelevanten Inhalten sei unhaltbar und verstosse gegen EU-Recht sowie das Grundgesetz und laufe auf die Unterdrückung unerwünschter, aber legaler Meinungen hinaus. Ich teile diese Auffassung. Allerdings bedeutet die Gefahr eines Zensurstaats noch nicht, dass es schon so weit ist. Wir müssen uns jetzt kritisch mit der Entwicklung auseinandersetzen, damit diese düstere Prognose nicht eintritt. Meinungsfreiheit ist ein essenzieller Bestandteil der Demokratie. Sie ist auch besonders stark geschützt im Artikel 5 des Grundgesetzes und in Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Sie wird auch vom Bundesverfassungsgericht sehr weit ausgelegt. Selbst Auffassungen, die eine andere Gesellschaftsordnung definieren, die nicht auf dem Boden der Verfassung steht, sind geschützt. Die Einschränkungen der Verbreitung von rechtswidrigen Inhalten oder verfassungswidriger Symbole müssen

immer klar definiert sein. Wir haben also alle Argumente auf unserer Seite, wenn wir die Zensur durch Trusted Flaggers kritisieren.

Die ganze Entwicklung in Deutschland in Bezug auf die Meinungsäusserungsfreiheit ist nicht neu.

Nein, das ist schon seit Jahren ein grosses Thema. Nicht unbegründet sagen heute mehr als 50 Prozent der Befragten, dass sie Angst haben, ihre Meinung öffentlich zu sagen. Dabei handelt es sich um eine Langzeitstudie. In den 90er Jahren waren es nur 15 Prozent, die sagten, dass es besser sei, vorsichtig zu sein. Das hat sich dramatisch geändert. Grund ist der Druck auf Menschen mit Meinungen bei verschiedenen gesellschaftlichen Themen, die vom Mainstream abweichen. Es gibt eine von Regierung und Medien vorgegebene Auffassung, und wer zu einer anderen Einschätzung kommt, wird häufig schwer angegriffen und in vielen Fällen diffamiert oder gesellschaftlich geächtet.

Das Ganze konkretisierte sich während der Corona-Zeit. Durch die Veröffentlichung der Protokolle des Robert-Koch-Instituts bestätigte sich, dass viele der damals Angegriffenen richtig lagen. Was in der Corona-Zeit als Fake News oder als Verschwörungstheorie dargestellt worden war, stellte sich als Wahrheit heraus. So sprach man in der Politik von der «Pandemie der Ungeimpften» oder dass Kinder «Pandemietreiber» seien, obwohl schon damals bekannt war, dass weder Ungeimpfte noch Kinder die Treiber der Pandemie waren. Auf der Webseite des Bundesministeriums stand bis Ende 2020, die Behauptung, dass es eine Impfpflicht geben soll, sei eine Verschwörungstheorie. Das wurde dann kurzerhand gelöscht und die Impfpflicht angestrebt. Das darf man nicht vergessen, denn es ist ungeheuerlich, was damals geschehen ist. Das ist der Hintergrund, warum wir solche Entwicklungen wie die Zensur durch die Bundesnetzagentur mit Argusaugen betrachten müssen.

Herr Bundestagsabgeordneter Hunko, vielen Dank für das Gespräch.

Interview Thomas Kaiser

Sieht so der «European Green Deal» aus?

Der Kampf um Lithium nimmt ungeheuerliche Formen an

von Susanne Lienhard

Bis 2030 sollen mindestens 15 Millionen E-Autos auf deutschen Strassen herumkurven. Für deren Batterien braucht es Lithium, das in deutschen Böden zwar vorkommt, aber bis jetzt nicht abgebaut wird. Die grössten Vorkommen befinden sich in Australien, Lateinamerika und Afrika. Auch China verfügt über Lithiumvorkommen, aber in geringerem Ausmass. Es importiert das Leichtmetall aus Australien, investiert Milliarden in den Lithiumabbau in Ländern Lateinamerikas und Afrikas und besitzt weltweit die meisten Lithium-verarbeitenden Betriebe. Um China auf europäischem Boden zuvorkommen, hat die EU im Juni 2024 mit dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić eine «strategische Vereinbarung zu nachhaltigen Rohstoffen, Batterie-Wertschöpfungsketten und Elektrofahrzeugen» unterzeichnet. Damit hat sie dem 2022 wegen Massenprotesten sistierten Lithiumabbauprojekt im Jadar-Tal neuen Schub verliehen.

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz ist zum Festakt nach Belgrad gereist, um deutschen Kon-

zernen wie Mercedes-Benz den exklusiven Zugang zu den Lithiumreserven in Serbien zu sichern. Bei der serbischen Bevölkerung kommt das nicht gut an.

Der Schäfer Zoran Filipović sagt stellvertretend für viele: «Die Deutschen haben 1941 in Draginac, nur sechs Kilometer von unserem Dorf entfernt, fast 3000 Dorfbewohner ermordet und jetzt kommen ihre Enkel nach Serbien, um unsere Umwelt zu zerstören und unsere Flüsse zu verpesten, damit die Deutschen elektrische Mercedes fahren können.»¹ An der bisher grössten Demonstration gegen das Lithiumprojekt im Jadar-Tal sind am 9. und 10. August alleine in Belgrad 50 000 Bürgerinnen und Bürger auf die Strasse gegangen.

Landwirtschaftliche Oase mit unterirdischem Wasserreservoir in Gefahr

Der umstrittene britisch-australische Bergbaukonzern Rio Tinto² hätte eigentlich bereits vor 3 Jahren mit dem Lithiumabbau im Jadar-Tal beginnen sollen. Landesweite heftige Proteste bewogen die Regierung jedoch, im Januar 2022 Rio Tinto die Abbaukonzessi-

on zu entziehen. Es standen Präsidentschaftswahlen an und Aleksandar Vučić befürchtete, wichtige Stimmen zu verlieren. Umweltschützer trauten Vučić jedoch nicht und verlangten ein Moratorium für den Abbau von Lithium in ganz Serbien. Die serbische Ingenieurin Mirjana Andjelković Lukić erklärte damals in einem ausführlichen Artikel, den *Zeitgeschehen im Fokus* auf Deutsch veröffentlichte, weshalb der Lithium-Abbau für Mensch und Natur eine Katastrophe ist.³ Umsiedlung und die Zerstörung von wertvollem Kulturland wären die Folgen. Das Mineral Jadarit, das Lithium enthält, befindet sich in einer Tiefe von etwa 400 Metern. Darüber, 25 Meter unter Boden, liegt ein grosser Salzsee, der Rest des Pannonischen Meeres. Das Wasser aus dem unterirdischen See würde in grosse Reservoirs abgepumpt, was zu einer Absenkung des Geländes und bei Hochwasser zu grossen Überschwemmungen führen könnte.

Das Leichtmetall Lithium ist Teil des Minerals Jadarit und muss mit einem komplizierten Verfahren herausgelöst werden. Dazu wird hochkonzentrierte Schwefelsäure

Unterstützungsschreiben für Aleksandar Matković

«Wir sind äusserst besorgt über Berichte, wonach Aleksandar Matković, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftswissenschaften in Belgrad, mit Online-Überwachung, Einschüchterung und Morddrohungen konfrontiert wurde, nachdem seine kritische Analyse der Pläne zum Abbau eines der grössten Lithiumvorkommen Europas in Serbien in einer angesehenen Tageszeitung veröffentlicht wurde.

Das von der britisch-australischen Bergbaugesellschaft Rio Tinto entwickelte Bergbauprojekt hat eine grosse Kontroverse ausgelöst. Im ganzen Land kam es zu Massenprotesten, weil befürchtet wurde, dass die Mine in einer landwirtschaftlich geprägten Region, die an einem bedeutenden unterirdischen Wasserreservoir liegt, unermesslichen ökologischen Schäden anrichten würde.

Matković hat auf seinem Telegram-

Profil immer mehr Morddrohungen erhalten. Eine kam von einem Ort, der nur 500 Meter entfernt war, während eine andere ihn und seine Familie bedrohte und sich auf persönliche Details bezog, die nicht öffentlich zugänglich waren. Matković erhielt weitere Drohungen, immer nur wenn er online war, was darauf hindeutet, dass seine Internetaktivitäten überwacht wurden.

Obwohl er diese Drohungen der Polizei meldete, ergriff sie keine Massnahmen. Als die Polizei mit den Medien konfrontiert wurde, leugnete sie, von seiner Anzeige zu wissen, gab dann aber zu, dass dies falsch war, und erklärte, sie werde die Täter auffindig machen. Die Repressionen haben sich jedoch ausgeweitet. Eine ausländische Journalistin, die über den Fall Matković berichten wollte, erhielt Nachrichten, in denen ihr davon abgeraten wurde, und die Polizei und

der Geheimdienst durchsuchten die Wohnungen von Freunden und Unterstützern von Matković, von denen eine im fünften Monat schwanger war.

Wir sind entsetzt über die Drohungen, denen Matković, seine Familie und Freunde und nun auch ein Journalist ausgesetzt waren. Dies sind Angriffe auf das Recht auf freie Meinungsäusserung. Wir bekunden unsere Solidarität mit Matković und allen, die mit Repressionen konfrontiert sind, weil sie berechnete Fragen zu den Vorteilen dieses Plans zum Abbau von Lithium in Serbien für die Bürger und zu den Umweltschäden stellen.»

Englisches Original: www.tni.org/en/article/letter-of-support-for-aleksandar-matkovic, deutsche Übersetzung *Zeitgeschehen im Fokus*

(851 Tonnen pro Tag), das starke Alkali Natriumhydroxid, abgepumptes Salzwasser aus dem unterirdischen See (942 000 Tonnen pro Jahr) und auch Süswasser (2 160 000 m³) aus den Brunnen am Ufer der Drina verwendet. Beim Schwefelsäureprozess wird Schwefelwasserstoff freigesetzt, ein giftiges und äusserst unangenehm riechendes Gas, dessen Abbau nicht vorgesehen ist. Das ober- und unterirdische Wasser würden verschmutzt. Alle Städte in der Nähe der Mine würden verseucht.

Aleksandar Vučićs seltsame Kehrtwende

Im Juni dieses Jahres hat das serbische Verfassungsgericht den Lizenzentzug von 2022 als rechtswidrig erklärt und damit Rio Tinto den Weg für den Abbau im Jadar-Tal geebnet. Aleksandar Vučić kommt das gelegen, er verspricht den Serben ein Wirtschaftswunder: Neue Investoren würden ins Land gelockt, Batterie- und E-Auto-Werke würden Arbeitsplätze schaffen und die serbische Wirtschaft ankurbeln und dies alles selbstverständlich ökologisch verträglich.

Kritische Analyse des Lithiumabbaus im Jadar Tal

Als Beitrag zu einer objektiven öffentlichen Diskussion publizierte Aleksandar Matković, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftswissenschaften in Belgrad, am 7. August in einer angesehenen Tageszeitung eine kritische Analyse des Lithiumabbauprojektes im Jadar-Tal.⁴ Er stellt darin den wirtschaftlichen Profit des Projektes für die Bevölkerung in Frage und zeigt auf, dass die Investitionen in den Bergbau in den letzten 10 Jahren zwar um das 27-fache zugenommen haben, der Lebensstandard in Serbien sich dadurch aber nicht verbessert hat. Er gibt zu bedenken, dass selbst wenn das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sich verbessert hätte, solch einseitige Investitionen in einen Industriezweig nicht wünschenswert seien, da laut einer Studie der Uno, die von einem einzigen Industriezweig abhängigen Länder eindeutig krisenanfälliger seien.⁵ Die Analyse der letz-

ten Jahre zeigt auch, dass mit dem Anstieg der Bergbauinvestitionen auch die Menge an Bergbauabfällen um fast 150 % gestiegen ist. Neben den ökologischen und wirtschaftlichen Folgen müssen laut Matković auch die rechtlichen Folgen in Erwägung gezogen werden, die Serbien als Bergbaukolonie Europas zu gewärtigen hätte: «Die Art und Weise, wie Rio Tinto wieder eingeführt wurde – unterstützt von Scholz und dem kriegsführenden Europa, das Lithium nicht nur für Elektrofahrzeuge, sondern auch für militärische Zwecke und möglicherweise für Fusionsreaktoren benötigt, die derzeit von Ländern wie Frankreich im Rahmen europäischer wissenschaftlicher Konsortien entwickelt werden – öffnet möglicherweise neue Türen zum Neokolonialismus.»

Einschüchterungen und Morddrohungen

In der Folge dieses Artikels wurde Matković auf Social Media mit Einschüchterungen und Morddrohungen konfrontiert, was er der Polizei meldete und schliesslich auch auf Twitter/X öffentlich machte.⁶ Verschiedene ausländische Botschaften boten ihm Schutz an, und rund 230 besorgte Intellektuelle und Aktivisten aus zahlreichen Ländern veröffentlichten zu seiner Unterstützung einen offenen Brief (siehe Kasten).

Portugals Bevölkerung droht ein ähnliches Schicksal

Im Norden Portugals führen die Anwohner einen ähnlichen Kampf gegen eine geplante Lithiummine, die für 500 000 Autobatterien Lithium liefern soll. Wie in Serbien wird auch hier damit argumentiert, dass der Lithiumabbau die lokale Wirtschaft ankurbeln und die Energiewende in Europa vortreibe.

Das Land, auf dem künftig Lithium abgebaut werden soll, wird seit Jahrhunderten gemeinschaftlich bewirtschaftet. Die Menschen halten Kühe und Schafe, züchten Bienen, gehen auf die Jagd und schlagen Holz zum Heizen. Ein Grossteil der Produktion dient der Selbstversorgung, die Menschen produzieren wenige Überschüsse und kon-

sumieren verglichen mit anderen Regionen des Landes sehr wenig. Diese ökologische und soziale Praxis ist in Europa so einzigartig, dass die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Uno (FAO) sie 2018 als ein bedeutendes System des landwirtschaftlichen Erbes anerkannte. Nichtsdestotrotz soll nun genau hier eine Lithiummine diese Uno-Welterbestätte der Landwirtschaft zerstören.

Das Janusgesicht der EU-Ökopolitik

Im Rahmen der Verabschiedung der EU-Biodiversitätsstrategie 2030 äusserte sich die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wie folgt: «Das Ziel, die Natur wieder gesund zu machen, ist der Schlüssel zu unserem körperlichen und geistigen Wohlbefinden und ein Verbündeter im Kampf gegen den Klimawandel und Krankheitsausbrüche. Es ist ein Herzstück unserer Wachstumsstrategie, des European Green Deal, und Teil des europäischen Weges aus der Krise mit dem Ziel, dem Planeten mehr zurückzugeben, als wir ihm wegnehmen.»⁷ Schöne Worte, denen aber leider – wie oben gezeigt – auf geopolitischer und wirtschaftlicher Ebene keine Taten folgen. Während wir Bürger mit immer mehr «ökologischen» Vorschriften gegängelt und Landwirte und ihre Kühe pauschal als Klimasünder diffamiert werden, gelten für grosse Konzerne und gewisse Regierungseliten offensichtlich andere Regeln. ■

¹ Andrey Rybak: Der Lithium-Abbau spaltet die Serben. In: Neue Zürcher Zeitung vom 23. Oktober 2024

² Das Unternehmen ist für seine arrogante Haltung gegenüber Mensch und Natur bekannt. Als der Konzern die Gold- und Kupferminen auf der Pazifikinsel Bougainville verliess, hinterliess er ein Bild des Schreckens: zerstörte, mit Rückständen bedeckte Erde, von der aus verschiedene Gifte den Fluss und das Grundwasser verschmutzten.

³ Mirjana Andjelković Lucić: Zerstörung von fruchtbarstem Land für «grüne Energie»? in *Zeitgeschehen im Fokus* Nr. 6 vom 05.04.2022

⁴ Originaltext in Englisch: www.tni.org/en/article/open-letter-regarding-rio-tinto-and-the-mining-colony-that-serbia-is-turning-into

⁵ unctad.org/news/key-evolutions-trade-and-development-over-decades

⁶ www.theguardian.com/business/article/2024/aug/22/activist-serbia-rio-tinto-lithium-mining-environment-death-threats

⁷ commission.europa.eu/system/files/2020-05/env-20-002_factsheet1-vbo-de-c.pdf

«Selenskyjs «Siegesplan» ist gescheitert»

«Russland beherrscht die Situation»

Interview mit Jacques Baud*

Zeitgeschehen im Fokus In welchem Stadium befindet sich aktuell der Ukraine-Krieg?

Jacques Baud Es ist die exakte Fortsetzung dessen, was wir seit Oktober 2022 beobachten, als General Surowikin erklärte: «Wir haben eine andere Strategie. [...] Wir streben nicht nach einer hohen Vorwärtsgeschwindigkeit, wir schonen jeden unserer Soldaten und «zermalmen» methodisch den vorrückenden Feind.» Russland rückt auf der gesamten Länge der Frontlinie vor, und die ukrainischen Streitkräfte ziehen sich zurück oder geben den Kampf auf. Die Frage ist nicht mehr militärisch, sondern politisch. In Wuhledar erhielt die 72. Brigade, die die Stadt – damals eingekesselt – verteidigte, den Befehl, um jeden Preis durchzuhalten, bis Selenskyj aus New York zurückkehrte! Heute ist die Stadt in die Hände der Russen gefallen. Es ist die Rückkehr des «Durchhaltebefehls», den Hitler dem Feldmarschall von Paulus, dem Kommandeur der 6. Deutschen Armee in Stalingrad, gegeben hatte. Das war damals ein Beispiel für Inkompetenz, und das ist es auch heute noch in der Ukraine.

Laut dem Generalstaatsanwalt der Ukraine wurden allein im Jahr 2024 mehr als 51 000 Fälle von Desertion eröffnet.¹ Desertion ist ein endemisches Phänomen in der ukrainischen Armee. Dies war übrigens einer der Gründe, weshalb ich 2014 in die Ukraine entsandt wurde.² Heute setzt die ukrainische Armee sogenannte «Motivationstruppen» ein, die auf Deserteure schießen, um sie zum

Kämpfen zu zwingen.³ Sie werden von den rechtsextremen «AZOV»-Einheiten gebildet, die es laut den Journalisten des Westschweizer Fernsehens nicht gibt!

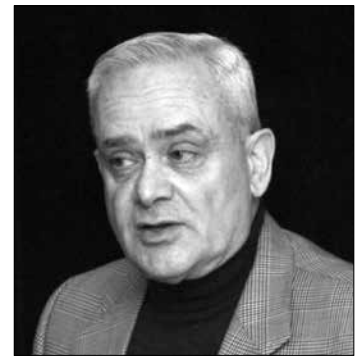
Was den Zustand der Streitkräfte selbst betrifft, so ist die vom Westen gelieferte Ausrüstung nach wie vor äusserst unzureichend. In einem Interview mit CNN sagte Selenskyj, dass Russland bei Artilleriegeschossen im Verhältnis 12:1 überlegen sei.⁴ Die Hilfe bei der Luftabwehr, die in der Ukraine dringend benötigt wird, scheint der Westen lieber Israel zu geben.⁵

Was erreichte Selenskyj mit seinem «Siegesplan»?

Dieser Plan für den Sieg ist eine Art verzweifelte Bewegung, um den Westen dazu zu bringen, sich in eine Situation einzumischen, die sich für die Ukraine von Tag zu Tag verschlechtert. Er soll die Umsetzung der «10-Punkte-Formel» ermöglichen, die Selenskyj Ende 2022 ausgearbeitet hatte und von der eine reduzierte Version am 15. und 16. Juni auf dem Bürgenstock diskutiert wurde. Dies zeigt, dass diese von der Schweiz organisierte Friedenskonferenz nichts anderes war, als «den Pflug vor die Ochsen zu spannen».

Der Plan wurde einigen westlichen Politikern am Rande der Uno-Generalversammlung bilateral vorgestellt und sollte in Ramstein offiziell präsentiert und diskutiert werden. Schliesslich wurde er am 16. Oktober dem ukrainischen Parlament und am 17. Oktober dem EU-Parlament offiziell vorgestellt. Wie von einigen westlichen Führern definiert, ist Selenskyjs Plan für den Sieg nichts anderes als eine Wunschliste. Dieser Plan gliedert sich in fünf Punkte:

1. Einladung an die Ukraine, dem Militärbündnis Nato sofort beizutreten
2. Stärkung der ukrainischen Verteidigung gegen russische Streitkräfte, unter anderem indem sie von den Verbündeten die Erlaubnis erhält, ihre Lang-



Jacques Baud (Bild thk)

streckenwaffen auf russischem Hoheitsgebiet einzusetzen, und Fortsetzung der Militäroperationen der Ukraine auf russischem Hoheitsgebiet, um die Einrichtung von «Pufferzonen» in der Ukraine zu verhindern.

3. Eindämmung Russlands durch strategische, nicht-nukleare Abschreckung, die auf ukrainischem Boden eingesetzt wird. Dabei würde es sich um militärische Kontingente der Nato-Länder handeln, deren Präsenz eine abschreckende Wirkung haben sollte.
4. Gemeinsamer Schutz der wesentlichen natürlichen Ressourcen der Ukraine durch die USA und die EU und gemeinsame Nutzung ihres Wirtschaftspotenzials.
5. Erst in der Nachkriegszeit: Ersetzen einiger in Europa stationierter US-Truppen durch ukrainische Soldaten.

Diesem Plan «für den Sieg» sollte logischerweise Selenskyjs 10-Punkte-Formel folgen, die – in Wirklichkeit – nichts anderes als eine Kapitulationserklärung Russlands ist. Wir hatten sie bereits anlässlich der Bürgenstock-Konferenz diskutiert.

Das Besondere an diesem Plan ist, dass jeder seiner Punkte bereits von den Nato-Staaten abgelehnt wurde! Dies erklärt sicherlich den mangelnden Enthusiasmus des Westens, ihn zu unterstützen. Im September hatte Präsident Biden gegenüber Selenskyj erklärt, dass sein Plan zusammen mit der Frage

* **Jacques Baud** hat einen Master in Ökonometrie und ein Nachdiplomstudium in internationaler Sicherheit am Hochschulinstitut für internationale Beziehungen in Genf absolviert und war Oberst der Schweizer Armee. Er arbeitete für den Schweizerischen Strategischen Nachrichtendienst und war Berater für die Sicherheit der Flüchtlingslager in Ost-Zaire während des Ruanda-Krieges, arbeitete unter anderem für die Nato in der Ukraine und ist Autor mehrerer Bücher über Nachrichtendienste, asymmetrische Kriegsführung, Terrorismus und Desinformation.

des Einsatzes von Waffen in der Tiefe des russischen Territoriums auf dem Treffen der Ramstein-Gruppe am 12. Oktober 2024 diskutiert werden würde. Schliesslich wurde das Treffen auf unbestimmte Zeit verschoben (aber Biden kam trotzdem am 17. und 18. Oktober nach Deutschland – ohne Selenskyj zu treffen!). Diese Reise Bidens nach Deutschland ist eindeutig eine Ohrfeige für Selenskyj.

Der Westen ist angesichts Selenskyjs Plan eindeutig in Verlegenheit. Die Frage, ob die Ukraine der Nato beitreten soll, ist klar. Bereits im März 2022 hatte Selenskyj gefragt, ob die Ukraine der Nato beitreten würde. Die Antwort lautete: «Sie werden nicht Mitglied der Nato sein, aber öffentlich werden die Türen offen bleiben.»⁶ Es war also von Anfang an klar, dass die Nato kein Mitglied aufnehmen kann, das sich bereits in einer Kriegssituation mit Russland befindet.⁷

Heute beginnt Selenskyj zu begreifen, dass sein Plan für den Sieg gescheitert ist. Deshalb versucht er alles, um den Westen zu zwingen, Truppen in die Ukraine zu entsenden. Die Nato hat klargestellt, dass sie keine Truppen in die Ukraine entsenden wird.⁸ Ebenso scheinen Polen und Deutschland darauf verzichten zu wollen, ihre ehemaligen Verbündeten aus dem Zweiten Weltkrieg zu unterstützen.⁹ Selbst Frankreich, dessen Präsident meist redet, bevor er nachdenkt, scheint zu zögern.

Dies erklärt die von der Ukraine in Umlauf gebrachten Gerüchte über den Einsatz nordkoreanischer Soldaten im Kursk-Sektor.¹⁰ Bisher gibt es keine konkreten Beweise, um diese Gerüchte zu bestätigen, aber sie erregen unsere Journalisten und Politiker, da sie der «Achse des Bösen» ein Gesicht geben und vor allem die Entsendung von Truppen zur Verstärkung der Ukraine rechtfertigen.¹¹ Überraschenderweise kamen die Aussagen über diese Truppen, nachdem die RAND-Corporation am 11. Oktober einen Artikel veröffentlicht hatte, in dem «grosse Informationsoperationen gegen Russland, China und Nordkorea vorgeschlagen wurden, um ihre Unterschiede hervorzuheben und das Misstrauen

zwischen ihnen zu schüren», einschliesslich der Information, dass nordkoreanische Soldaten die russische Armee verstärken würden.¹²

In unseren Medien ist zu lesen, dass der schnellste Weg zum Frieden Waffenlieferungen seien. Nur so könne man Putin zu Verhandlungen zwingen. Hat das irgendetwas mit der Realität zu tun?

Der Westen bleibt in der Illusion seines Narrativs gefangen. Am 23. November 2022 hatte Claude Wild, unser Botschafter in Kiew, auf RTS erklärt, dass «Verhandeln eine Entscheidung ist, die den Ukrainern gehört», und fügt hinzu, dass Verhandeln «eine Prämie für die Aggression» wäre.¹³ Ein ziemlich seltsamer Kommentar für einen Diplomaten. Was er damals jedoch nicht sagte, war, dass Selenskyj die Absicht geäussert hatte, ab dem 25. Februar 2022 mit Russland zu verhandeln. Die Europäer hinderten ihn daran, dies zu tun. Dann wollte Selenskyj Mitte März 2022 erneut verhandeln. Daraufhin schlossen sich Grossbritannien, Deutschland und Frankreich zusammen, um ihn daran zu hindern, ein Abkommen zu schliessen, das bereits von der ukrainischen Delegation unterzeichnet worden war. Dann, im August 2022, wollte Wolodymyr Selenskyj ein Gipfeltreffen mit Wladimir Putin abhalten, dem dieser schliesslich mit einigem Zögern zustimmte. Wieder einmal verhinderten die Europäer in Gestalt von Boris Johnson dies. Wusste unser Botschafter davon?

Jedes Mal war Russland zu Verhandlungen bereit, und jedes Mal wurden diese Bemühungen von den Europäern weggefegt. Heute ist die Rhetorik der Europäischen Union unverändert: «Kein Appeasement.»¹⁴

Anfang April 2022 hätte sich Russland, wenn das Abkommen zustande gekommen wäre, aus der Ukraine zurückgezogen und die Ukraine hätte den Text ihrer Verfassung von 1991 zurückerhalten, in der sie sich verpflichtete, keine ausländischen Streitkräfte auf ihrem Boden zu haben und keinem Militärbündnis beizutreten, das Russland feindlich gesinnt

ist.¹⁵ Russland hätte somit das Ziel der «Entmilitarisierung» erreicht; das Ziel der «Entnazifizierung» wäre am 28. März 2022 erreicht worden.¹⁶

Gemäss dem westlichen Narrativ wollte Russland die Ukraine übernehmen, und da es ihm nicht gelungen ist, hat es nicht gewonnen, und deshalb verliert die Ukraine nicht. Wie wir wissen, ist dies jedoch falsch, und alle Experten sind sich darin einig, dass Russland die Situation beherrscht. Die Definition von «Sieg» hängt von den gesetzten Zielen ab. Das Ziel der Russen ist jedoch nicht die Einnahme von Territorium, da sie bereit waren, dieses im März 2022 zurückzugeben, sondern die «Entmilitarisierung» der Ukraine.

Der Krieg ist für die Ukraine verloren. Das weiss man wohl auch auf westlicher Seite. Wie soll der Krieg beendet werden, wenn nicht mit Verhandlungen?

Die Russen wissen, dass einerseits die Europäer keine verhandelte Lösung wollen und dass es andererseits keine verhandelte Lösung ohne die Zustimmung des Westens geben wird. Die Katze beisst sich in den Schwanz. Russland setzt also seine Operationen fort und schwächt die Ukraine unweigerlich. Die europäische Strategie schafft eine Situation, in der die Lösung nur in einer extremen Schwächung der Ukraine oder sogar in ihrem Verschwinden liegen kann. Die europäische Unnachgiebigkeit würde Sinn machen, wenn die Ukraine in der Lage wäre, einen Erfolg zu erzielen. Dies ist jedoch nicht der Fall, und die Europäer wissen das ganz genau, wie das *Wall Street Journal* bereits im Juli 2023 bestätigte.¹⁷ Die Ukraine ist eine Geisel des Westens, der nur bereit ist, sie zu unterstützen, wenn es keine Einigung mit Russland gibt.

Das Pentagon seinerseits wusste schon lange, dass das Spiel verloren war und dass sich die Lage für die Ukraine militärisch und wirtschaftlich immer weiter verschlechterte, je weiter man vorankam. Seit November 2022 drängen die Amerikaner Selenskyj, einen Dialog mit Russland zu beginnen.¹⁸ Darüber hinaus ist sowohl bei den Demokraten als auch bei den Republika-

nern eine gewisse Müdigkeit festzustellen. Joe Biden wird seine Amtszeit beenden, ohne in der Ukraine oder in Palästina etwas erreicht zu haben, und diese Erfolglosigkeit eröffnet seinem Nachfolger eine grosse Chance, den Konflikt auf die eine oder andere Weise zu beenden und den Ruhm dafür zu ernten. In jedem Fall treten mehrere Probleme auf: Das erste ist, dass Selenskyj formal gesehen ein Dekret erlassen hat, das ihm verbietet, mit Russland zu verhandeln.¹⁹ Er erliess dieses Dekret, um die Ultra-Nationalisten (die es laut unseren Journalisten nicht gibt!) zu beruhigen. Der zweite Grund ist, dass Selenskyjs derzeitiger Status unklar ist. Seine Amtszeit endete am 20. Mai 2024 und formal ist das Staatsoberhaupt in der Ukraine der Vorsitzende der Werchowyna Rada. Da in der Ukraine jedoch Kriegsrecht herrscht, entschied sich Selenskyj, an der Macht zu bleiben. Das Büro von Präsident Selenskyj hätte den Verfassungsrat bitten sollen, die Frage nach Selenskyjs Status in dieser Situation zu klären, verzichtete aber aus PR-Gründen darauf, um nicht zu suggerieren, dass es Zweifel gibt.²⁰ Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, dass die ukrainische Sicherheitspolitik von Public Relations geleitet wird. Dies hat jedoch Auswirkungen, denn wer würde die Verantwortung dafür übernehmen, ein Abkommen mit Selenskyj zu unterzeichnen, ohne sich über dessen Rechtmässigkeit und Legitimität im Klaren zu sein?

Der dritte Punkt ist, dass es, wie Selenskyj in seiner Rede vor der Rada am 16. Oktober erklärte, keine Lösung geben kann, bei der territoriale Verluste der Ukraine in Kauf genommen werden. Das bedeutet, dass sich Russland unabhängig von der Lösung vollständig aus dem ukrainischen Territorium in den Grenzen von 1991 zurückziehen müsste. Die Russen waren im Rahmen des Abkommens vom März 2022 dazu bereit, doch Selenskyj zog sich auf Drängen des Westens aus dem Abkommen zurück. Seitdem hat sich die Lage für die Ukraine verschlechtert, und es ist schwer vorstellbar, wie Russland das Rad der Geschichte zurückdrehen könnte. Im März 2022 tauschte

Selenskyj den Frieden gegen westliche Hilfe «so lange wie nötig» ein. Das Problem ist, dass man dank der ukrainischen Propaganda und unserer Medien davon ausging, dass der Krieg nicht lange dauern würde. Dies war jedoch nicht der Fall und der Westen kommt heute an die Grenzen seiner Möglichkeiten.

Dies führt dazu, dass die ukrainische Schwächung immer grösser wird, was Selenskyj dazu veranlasst, extreme Lösungen zu erwähnen. So erklärt sich, dass Selenskyj den Westen vor die Wahl stellt: Entweder tritt er der Nato bei oder er entwickelt seine Atomwaffen selbst!²¹ Glaubt man der *BILD-Zeitung*, könnte die Ukraine in nur wenigen Wochen eine Atomwaffe produzieren.²² Es ist möglich, dass eine besonders gefährliche Zeit beginnt, auch wenn die ukrainischen Behörden die Behauptungen von *BILD* dementiert haben. Doch in jedem Fall zeigen Selenskyjs Äusserungen, dass Wladimir Putin Recht hatte, als er von der Gefahr einer Nuklearisierung der Ukraine sprach.

Das vierte Problem besteht darin, dass die Begriffe «Verhandlungen» und «Dialog» in Russland und der Ukraine eine unterschiedliche Bedeutung haben. Für Russland geht es darum, eine Einigung über eine dauerhafte Lösung des Konflikts zu erzielen. Für Selenskyj geht es bei den Verhandlungen nicht darum, wie man zum Frieden kommt, sondern darum, wie seine Formel in 10-Punkten umzusetzen ist. Mit anderen Worten: darüber, wie Russland kapitulieren muss. Deshalb spricht Selenskyj paradoxerweise weiterhin von «Verhandlungen», und deshalb ist Russland nicht daran interessiert.

Der Westen hat die Vernunft begraben und Fakten ignoriert. Er handelt, ohne zu denken.

Generell ist zu beobachten, dass sich die Europäer noch kindlicher verhalten als die Amerikaner. Am 25. Oktober sagte Selenskyj sein Treffen mit Uno-Generalsekretär António Guterres ab, weil dieser am BRICS-Gipfel in Russland teilnahm!²³ Er ist nicht der Einzige! Ursula von der Leyen sagte ihr Treffen mit dem serbischen Premierminister Miloš Vučević ab, weil er sich

zuvor mit Maxim Reschetnikov, dem russischen Minister für wirtschaftliche Entwicklung, getroffen hatte.²⁴ Die Europäische Union ist ein grosser Kindergarten!!!

Daraus ergab sich ein schlechteres Bild von Selenskyj und der Ukraine. Selenskyj bat die Schweiz, Indien und Saudi-Arabien, die zweite Friedenskonferenz auszurichten, aber alle lehnten ab. Es scheint, dass kein Land den gleichen Misserfolg wie die Schweiz im Juni erleiden will! Der Misserfolg der Bürgenstock-Konferenz war vollkommen vorhersehbar, sofern man verstand, was Selenskyj wollte. Wir haben bereits darüber gesprochen. Das Problem ist, dass unsere Diplomaten nach ideologischen und nicht nach faktischen Kriterien arbeiten. Seit Beginn der Krise haben sie absolut nichts von der Mechanik des Konflikts verstanden, und deshalb können sie die Probleme nicht lösen. Das ist nichts Neues. Als ich im EDA war, habe ich festgestellt, dass sich in allen Ländern, in die die Schweiz einen «Friedensberater» entsandt hatte, die Sicherheitslage verschlechtert hatte, wie in der Sahelzone und im Südsudan. Ohne hier ins Detail zu gehen, war der Grund, dass man Leute schickte, die bereits festgelegt hatten, wer «gut» und wer «böse» war.

Herr Baud, vielen Dank für das Gespräch.

Interview Thomas Kaiser

¹ www.thetimes.com/world/russia-ukraine-war/article/ukraines-deserter-crisis-why-a-soldier-left-his-dugout-in-protest-vkzpcbqqf

² vesti.ua/strana/309880-nazvany-neboevye-poteri-vsu-na-donbasse

³ www.youtube.com/watch?v=8QQO1KrjN6o&t=3228s

⁴ transcripts.cnn.com/show/fzgps/date/2024-09-15/segment/01

⁵ www.theguardian.com/commentisfree/2024/apr/22/west-israel-ukraine-russia-air-defence-systems

⁶ edition.cnn.com/europe/live-news/ukraine-russia-putin-news-03-20-22#h_7c08d64201fdd9d3a141e63e606a62e4

⁷ kyivindependent.com/ukraine-cannot-join-nato-immediately-scholz-says/

⁸ www.nato.int/cps/en/natohq/topics_192648.htm

⁹ apnews.com/article/Nato-stoltenberg-ukraine-troops-france-slovakia-5d4e-d747861a3c0edb8f922fa36427c2

¹⁰ kyivindependent.com/first-north-korean-troops-deployed-to-front-line-in-kursk-oblast-ukraines-military-intelligence-says/

¹¹ www.nytimes.com/2024/10/16/world/asia/north-korea-ukraine-russia.html

Die Wandmalereien von der «iranischen Atombombe»

von Dr. phil. Helmut Scheben*

Um zu begreifen, wie Propaganda fabriziert wird und sich durch unaufhörliche Wiederholung zum Faktum verfestigt, genügt es zu lesen, was George W. Bush in seinen Memoiren zu Nuklearwaffen des Iran schreibt.

Die Autobiographie von George W. Bush hat den Titel «Decision Points». Auf den Seiten 418f. gibt es einen Abschnitt von verblüffender Aufrichtigkeit. Dort erinnert sich der ehemalige amerikanische Präsident daran, dass seine Geheimdienste ihm im November 2007 eröffneten, der Iran baue keine Atombomben: «We judge with high confidence that in fall 2003, Tehran halted its nuclear weapons program», heisst es in dem National Intelligence Estimate, der wichtigsten und verbindlichsten Form von Bericht, den die 16 amerikanischen Geheimdienste liefern können.

Der Bericht machte Bush einen Strich durch die Rechnung. Jahre lang war von den Falken im Weissen Haus und im Kongress die iranische Nukleargefahr hochgespielt worden. Bush selbst hatte noch im Oktober 2007 in einer Pressekonferenz erklärt, wenn

* **Helmut Scheben** (*1947 in Koblenz, Deutschland) studierte Romanistik in Mainz, Bonn, Salamanca und Lima. 1980 promovierte er zum Dr. phil. an der Universität Bonn. Von 1980 bis 1985 war er als Presseagentur-Reporter und Korrespondent für Printmedien in Mexiko und Zentralamerika tätig. Ab 1986 war er Redaktor der Wochenzeitung (WoZ) in Zürich, von 1993 bis 2012 Redaktor und Reporter im Schweizer Fernsehen SRF, davon 16 Jahre in der Tagesschau.

man einen dritten Weltkrieg und einen «nuklearen Holocaust» verhindern wolle, müsse man Iran unverzüglich daran hindern, die Bombe zu bauen. Die Vorbereitungen für einen Militärschlag gegen Iran waren getroffen.

Der Geheimdienstbericht unterminierte nicht nur die Diplomatie, erinnert sich Bush, er habe ihn auch militärisch blockiert: «It also tied my hands on the military side.»

Nun musste schnell verhindert werden, was in den Augen von Präsident Bush und seiner Crew – Rumsfeld, Rice, Cheney, Wolfowitz u. a. – der grösste anzunehmende Unfall war: In der Öffentlichkeit könnte sich die Vorstellung breit machen, der Iran sei überhaupt nicht der nukleare Schurkenstaat, den man in Washington an die Wand malte. Bush krempelte laut eigenen Erinnerungen die Ärmel hoch und hatte Erfolg:

«Einen grossen Teil des Jahres 2008 verbrachte ich damit, die diplomatische Koalition gegen den Iran wieder aufzubauen, wir schafften es auch, eine neue Runde von Uno-Sanktionen zu bekommen [...]. Ausserdem dehnten wir unseren Raketenschild aus, darunter ein neues Raketensystem mit Stützpunkten in Polen und der tschechischen Republik, um Europa vor einem iranischen Angriff zu schützen.»

Dabei führte jene «Ausdehnung des Raketensystems» – nebenbei anzumerken – geradewegs in den Konflikt mit Russland und in den Ukraine-Krieg. George W. Bush lag

es damals besonders am Herzen, seine engsten Verbündeten im Nahen Osten zu beruhigen: Saudiarabien und Israel. Im Januar 2008 reist er zu einem Treffen mit dem saudischen König Abdullah. Bush eröffnet das Gespräch, indem er sich für den Geheimdienstbericht entschuldigt: «Ich bin über diesen Bericht genauso verärgert, wie Sie es sind.»

Man kann es kaum glauben, aber da steht es schwarz auf weiss. Der Mann desavouiert die eigenen Geheimdienste, die seine Kriegstreiberei bremsen. Er brüstet sich mit einer Politik der Aufrüstung und schreibt dies alles in schöner Offenheit in seinen Memoiren. Wieviel Realitätsverlust und Gröszenwahn sind da zu diagnostizieren? Wie felsenfest musste dieser in der Erdölbranche kundige Texaner von seiner Mission als Weltpolitiker überzeugt sein?

Da wurde also aufgerüstet gegen eine Nuklearmacht, die noch keine war. Und es wurden die grössten Anstrengungen gemacht, die Vogelscheuche der iranischen Nuklear-Bedrohung weiterhin über die Weltbühne zu ziehen. Der Iran hat stets betont, die Entwicklung der Atomkraft nur zu friedlichen Zwecken zu betreiben. Ob dies die Wahrheit ist oder eine Lüge als Funktion seiner Raison d'Etat, kann man nicht wissen, aber viele tun so, als ob sie es sicher wüssten.

Die zahlreichen Denktanks, Waffen-Experten und die akademische Strategie-Forschung, die dem Weissen Haus und dem Pentagon zuarbeiten, haben jedenfalls in den vergangenen zwei Jahrzehnten keine Mühe gescheut, Schreckensvorstellungen von einer Atommacht Iran an die Wand zu malen. Israels Premier Netanjahu erklärte im September 2012 vor den Vereinten Nationen, der Iran habe seine Atombombe bereits zu 70 Prozent fertiggebaut. Er zeigte dabei eine Skizze, die quasi als naive Malerei an anarchistische Bombenbauer aus der Zeit von Kaiser Wilhelm erinnerte, was im Auditorium teilweise Gelächter hervorrief.

¹² www.rand.org/pubs/commentary/2024/10/a-russia-north-korea-alliance-in-the-works-dont-be.html

¹³ www.rts.ch/info/suisse/13567448-claude-wilda-suisse-nest-pas-neutre-dans-le-conflit-en-ukraine.html

¹⁴ ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/ov/speech_22_5493

¹⁵ rm.coe.int/constitution-of-ukraine/168071f58b

¹⁶ www.businessinsider.com/russia-nazi-demand-for-ukraine-dropped-in-ceasefire-talks-2022-3?r=US&IR=T

¹⁷ www.wsj.com/articles/ukraines-lack-of-weaponry-and-training-risks-stalemate-in-fight-with-russia-f51ecf9

¹⁸ www.washingtonpost.com/national-security/2022/11/05/ukraine-russia-peace-negotiations/

¹⁹ www.reuters.com/world/europe/zelenskiy-decree-rules-out-ukraine-talks-with-putin-impossible-2022-10-04/

²⁰ www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2024-05-20/president-until-end-war-volodymyr-selenskijs-term-office-extended

²¹ kyivindependent.com/Selenskiy-says-he-told-trump-that-either-ukraine-will-join-Nato-or-pursue-nuclear-weapons/

²² www.kyivpost.com/post/40695

²³ kyivindependent.com/Selenskiy-reportedly-rejects-Uno-secretarys-visit-to-ukraine-

Naher Osten

«Die Niederlage des Siegers»

Interview mit Jacques Baud

Zeitgeschehen im Fokus *Wer wird als Verlierer das Schlachtfeld im Nahen Osten verlassen?*

Jacques Baud Nach einem Jahr Gaza-Konflikt ist es, wie der Titel meines Buches sagt, «Die Niederlage des Siegers». In der Tat ist die Liste der israelischen «Erfolge» ziemlich beeindruckend. So haben sie die Grenzgebiete im Norden des Landes verloren, in die die israelischen Bewohner wahrscheinlich nicht mehr zurückkehren werden. Die gleiche Situation herrscht übrigens auch um den Gaza-Streifen herum. Mit anderen Worten: Die Gewalt der israelischen Reaktion hat das dauerhafte Risiko einer palästinensischen Antwort (im Süden) oder einer Antwort der Hisbollah (im Norden) geschaffen. Das Paradoxe daran ist, dass Israel das Problem wahrscheinlich hätte lösen können, wenn es auf die Kritik des Rests der Welt gehört hätte. Da es diese Kritik jedoch abgelehnt hat, steht es nun vor einem dauerhaften Problem, das zu einer Schrumpfung des israelischen Territoriums führt.

Was sind die Auswirkungen von Israels Vorgehen?

Die heftige israelische Reaktion, die die Aufmerksamkeit der Welt auf Gaza und die zivilen Opfer fokussierte (was seltsamerweise von vielen Schweizern gutgeheissen wird), hatte zwei Folgen. Die erste

ist, dass sie die Bedeutung der Hamas und der Hisbollah als Akteure des Widerstands gegen Israel gestärkt hat. Sie hat sogar eine beispiellose Sympathiebewegung für die Palästinenser und die beiden Organisationen geschaffen. Übrigens wurde die Hisbollah, die 2016 auf Antrag der USA auf die Liste der terroristischen Bewegungen der Arabischen Liga gesetzt worden war, am 29. Juni wieder von dieser Liste gestrichen.¹ Mit anderen Worten: Die Brutalität der israelischen Reaktion hat der Hisbollah Legitimität verliehen.

Man hört immer, Israel muss sich gegen die Hisbollah verteidigen? Was ist «Actio» und was ist «Reactio» in diesem Krieg?

Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass Israel entgegen seiner Behauptungen den Libanon nie vollständig verlassen hat und die Existenz der Hisbollah somit auf die israelische Besetzung libanesischer Gebiete zurückzuführen ist. Erinnern wir uns auch daran, dass die Europäische Union die Hisbollah im Juli 2013 nach dem «Anschlag» im bulgarischen Burgas als Terrororganisation eingestuft hat.² Als jedoch 2018 der mit der Untersuchung beauftragte bulgarische Staatsanwalt feststellte, dass die Hisbollah nichts mit dem Vorfall zu tun hatte³ und Israel die libanesischen Bewegung nur beschuldigte,

um Abrechnungen zwischen jüdischen Mafias zu verschleiern, machte die EU keinen Rückzieher. Die Hisbollah erhebt keinerlei Anspruch auf israelisches Territorium und ihr Handeln (wie auch das der Houthis) zur Unterstützung der Palästinenser fällt einfach unter die Schutzverantwortung (R2P).

Hätte der Westen auf die brutale israelische Reaktion reagiert und das humanitäre Völkerrecht durchgesetzt, hätten sich die regionalen Akteure wahrscheinlich nicht eingemischt. Dies taten die Huthis im Roten Meer, indem sie «westliche» Sanktionen gegen Israel verhängten (bis der jüdische Staat einem Waffenstillstand zustimmt), die von der französischen, amerikanischen und britischen Marine nicht gebrochen werden konnten.

Hat Israel sich also selbst in diese Situation manövriert und seine Reputation verloren? Trifft nicht auch den Westen eine Schuld, wenn er bedingungslos Israels völkerrechtswidriges Vorgehen akzeptiert oder gar befürwortet?

Nach einem Jahr Krieg hat Israel seine Ehre weitestgehend verloren, indem es seine regelmässige Verletzung des humanitären Völkerrechts aufgedeckt hat. Der Internationale Gerichtshof entschied, dass die israelische Besetzung und die israelische Präsenz in den besetzten Gebieten il-

John Bolton, US-Diplomat und bis 2019 Sicherheitsberater von Präsident Trump, rief im März 2015 dazu auf, den Iran zu bombardieren: «To stop Iran's bomb, bomb Iran» lautete der Titel eines Artikels in der *New York Times*. Bolton, einer der Initiatoren des Project for the New American Century, welches die globale Kontrolle der USA gewährleisten sollte, ging es damals offensichtlich darum, eine Politik der Entspannung mit dem Iran zu verhindern, die unter Obama zustande gekommen war. Dass der Iran Atombomben baut, galt Bolton als erwiesen. Er räumt indessen selbst ein, es gebe keine materiel-

len Beweise für seine Behauptung:

«Even absent palpable proof, like a nuclear test, Iran's steady progress toward nuclear weapons has long been evident.» Die Argumentation folgte also der Logik: Es bedarf keiner Beweise, denn «man weiss es ja».

Es ist die klassische, alte Propaganda-Masche, die inzwischen zum durchschlagenden Erfolg geworden ist. Westliche Medien assoziieren das Wort Iran reflexartig mit der Atombombe. «Die Atomanlagen im Iran müssen zerstört werden, solange das noch möglich ist – nie war die Gelegenheit günstiger», ist in der Schweizer *Sonntags-*

Zeitung vom 6. Oktober zu lesen. Ähnlich tönt es in den meisten grossen westlichen Medien. Die sich selbst erfüllende Prophezeiung der iranischen Atombombe ist Teil der synchronisierten «Fabrikation der gemeinsamen Unwirklichkeit, die sich als informierte Öffentlichkeit ausgibt», wie es der Philosoph Peter Sloterdijk einmal formuliert hat. ■

Erschienen bei *Globalbridge* am 12. Oktober 2024:

globalbridge.ch/die-wandmalereien-von-der-iranischen-atombombe/
Wir danken dem Autor für die Abdruckgenehmigung.

legal sind.⁴ Dieses Urteil wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen und bestätigte das Misstrauen der Welt gegenüber Israel.⁵

Ein besonders besorgniserregender Punkt ist die Erklärung von Annalena Baerbock vor dem Bundestag am 10. Oktober. Sie erklärte, dass sie den Status der Schutz-zonen für Zivilisten in Palästina aufheben wolle, mit der Begründung, dass sich Terroristen in der Bevölkerung verstecken würden.⁶ Dies ist eine besonders schwerwiegende Entwicklung, die die wahre Natur unserer Politiker zeigt, insbesondere der Bewegung, der sie angehört. Ich hatte übrigens an einer Debatte im Aargau mit einer Schweizer Politikerin teilgenommen, die in Bezug auf die Ukraine im Wesentlichen die gleichen Positionen vertrat. Wir haben es mit gefährlichen Fanatikern zu tun, die Politik nicht nach dem Völkerrecht, sondern nach dem «Kopf des Kunden» machen.

Mit Argumenten wie denen von Frau Baerbock haben ihre Vorfahren zwischen 1941 und 1945 im Kampf gegen Partisanenbewegungen die Zivilbevölkerung in Osteuropa massakriert. Dies wurde später als «Shoah durch Kugeln» bezeichnet.

Was ist das für eine Äusserung von Annalena Baerbock, die eine grobe Verletzung des humanitären Völkerrechts darstellt und Israel darin bestärkt, den verbrecherischen Krieg gegen die Zivilbevölkerung weiterzuführen?

Lassen Sie uns mehrere Punkte in Erinnerung rufen. Zunächst die drei Grundprinzipien des humanitären Völkerrechts: die Unterscheidung zwischen Zivilisten und Kombattanten, die Verhältnismässigkeit der zur Bekämpfung eines Gegners eingesetzten Mittel und das Vorsorgeprinzip, das voraussetzt, dass man von einem Schlag ab-sieht, wenn man nicht sicher ist, dass man nur Kombattanten trifft. Wenn das einfache Kriterium der Menschlichkeit für Frau Baerbock nicht ausreicht, sei an Voltaires Worte in Zadig erinnert: «Es ist besser, die Rettung eines Schuldigen zu riskieren, als einen Unschuldigen zu verurteilen». Aber natürlich versteht man auch, dass für eine

Trampolinmeisterin ihre Fähigkeiten eher in ihren Schuhen als in ihrem Kopf liegen.

Diese Erklärung kommt am selben Tag wie ein Bericht der Uno, der feststellt, dass «Israel zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 30. Juli 2024 498 Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen im Gaza-Streifen durchgeführt hat.⁷ Insgesamt wurden bei diesen Angriffen 747 Menschen direkt getötet, 969 weitere verletzt und 110 Einrichtungen in Mitleidenschaft gezogen.» Er stellt auch fest, «dass die israelischen Sicherheitskräfte bei den verschiedenen Angriffen demselben Modus Operandi folgten, was darauf hindeutet, dass es operative Pläne und Verfahren für Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen gibt.» Der Bericht stellt ausserdem fest, «dass Israel eine konzertierte Politik betreibt, um das Gesundheitssystem in Gaza zu zerstören. Die israelischen Sicherheitskräfte haben vorsätzlich medizinisches Personal getötet, verletzt, festgenommen, inhaftiert, misshandelt und gefoltert und medizinische Fahrzeuge ins Visier genommen, was Kriegsverbrechen (vorsätzliche Tötung und Misshandlung) und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Ausrottung) darstellt.»

Warum sind die aktuellen Konflikte dermassen eskaliert?

Unsere mittlerweile übliche Praxis, die Welt in «unsere» und «böse» einzuteilen und jeden Dialog mit den «Bösen» zu verhindern, führt dazu, dass wir Konflikte nicht mehr unter Kontrolle haben. Der Ukraine-Konflikt entwickelt sich für die Ukraine zu einer Katastrophe und der Raketenaustausch zwischen dem Iran und Israel könnte dem jüdischen Staat endgültig den Garaus machen.

Bisher konnten wir den Unterschied in der Herangehensweise an den Krieg zwischen Israel und seinen Nachbarn sehen. Israel massakriert Zivilisten ohne Gewissensbisse, während die iranischen Angriffe (am 13. April und 1. Oktober 2024) und die Angriffe der Hisbollah zeigen, dass man auf Verhältnismässigkeit bedacht ist und unschuldige Opfer vermeiden will.⁸



Jacques Baud: Die Niederlage des Siegers. Der Hamas-Angriff – Hintergründe und Folgen. ISBN 978-3-86489-468-8

«Was geschah am 7. Oktober genau auf dem Schlachtfeld? Warum konnte die Operation «Al-Aqsa Sintflut» überhaupt stattfinden und welche Ziele verfolgte die Hamas? Welche Lehren lassen sich aus den Operationen ziehen, die beide Seiten in den letzten Monaten durchgeführt haben? Um diese und viele andere Fragen zu beantworten, analysiert Jacques Baud den israelisch-palästinensischen Konflikt angefangen bei seinen Ursprüngen.»

Anstatt zu versuchen zu zeigen, dass es ein Mehrwert für die Region ist, hat Israel darauf bestanden, sich durch Brutalität durchzusetzen. Um in die Uno aufgenommen zu werden, verpflichtete sich Israel 1949, das Völkerrecht zu achten und das Rückkehrrecht für die palästinensische Bevölkerung durchzusetzen.⁹ 75 Jahre später hat es sein Wort immer noch nicht gehalten. Kann ein solches Land also vernünftigerweise als Partner betrachtet werden? Aus diesem Grund fordern heute einige den Ausschluss Israels aus der Uno¹⁰ in Umsetzung der von Israel selbst eingegangenen Verpflichtungen.¹¹ Israel seinerseits hat die Uno bereits geächtet, indem es dem Generalsekretär António Guterres die Einreise nach Israel verweigerte.¹²

Herr Baud, vielen Dank für das Gespräch.

Interview Thomas Kaiser

¹ www.haaretz.com/israel-news/2024-06-30/ty-article/arab-league-no-longer-views-hezbollah-as-terrorist-group-top-official-says/00000190-68ed-d747-add0-e8fd4a5e0000

«Die Uno-Charta würde vollkommen genügen, aber viele Staaten sind in offener Rebellion gegen das Völkerrecht»

Interview mit Prof. Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas, Völkerrechtler und ehemaliger Uno-Mandatsträger

Zeitgeschehen im Fokus Welche Bedeutung hat der Summit of the Future der Uno, auf dem ein «Zukunftspakt» verabschiedet wurde?

Prof. Dr. Alfred de Zayas Der Summit of the Future (Zukunftsgipfel),¹ der am 20. und 21. September in New York stattfand, war eine weitere PR-Extravaganz. Der sogenannte «Zukunftspakt», der dort mit viel Lärm angenommen wurde, ist kein Aktionsplan, sondern eine Aneinanderreihung von Deklarationen, Slogans, Banalitäten – déjà vu. Nihil novum sub sole (nichts Neues unter der Sonne). Da ist nichts Konkretes drin, nichts, um die Probleme von heute friedlich zu lösen, nichts, um den Krieg in der Ukraine durch Verhandlungen zu beenden und den Völkermord in Gaza zu stoppen, um den Hunger in der Welt zu beseitigen. Was die Menschheit dringend braucht, ist ein Gipfel für die Gegenwart und ein Pakt für uns selber, für unsere Generation. Wenn die Nato so weiter macht, wenn Rutte und die anderen weiterhin hetzen, wenn sie provozieren und eskalieren, dann brauchen wir keinen Zukunftspakt, denn es wird gar keine Zukunft geben. Die Atombomben, die die USA 1945 gegen

Japan einsetzten, werden vielleicht in den nächsten Wochen gegen die USA und Europa eingesetzt. Dies heisst keinesfalls, dass Russland einen Atomkrieg mit den USA und der Nato will oder plant. Russland hat diesen Krieg nicht angefangen und wollte ihn auch nicht. Russland wollte eine zuverlässige Sicherheitsarchitektur für Europa, die auch seine Sicherheit berücksichtigen würde. Russland wollte eine normale politische und diplomatische Beziehung mit Europa und mit der Welt. Leider wollten USA und Nato die Hegemonie über die ganze Welt, einen neuen Imperialismus, der die Existenz Russlands bedrohte und weiterhin bedroht. Dies kann sehr schlecht enden, wie Viktor Orban und Robert Fico dringend mahnen.

Warum sind in dem Pakt keine Antworten auf die brennenden Fragen des 21. Jahrhunderts zu finden?

Man klopft Parolen, gibt generelle «Antworten», aber keine «Gebrauchsanweisung». Die Ziele und Prinzipien der Uno werden x-mal wiederholt, und sie sind weiterhin gültig. Die Uno-Charta ist eben eine Art Weltverfassung, die einzige «rules based international order», die wir haben. Aber nirgends wird im Pakt erklärt, wie die Uno-Prinzipien und wie die Entscheidungen, Urteile und Gutachten des Internationalen Gerichtshofs umzusetzen sind. Meine 14 Berichte an die Generalversammlung und an den Menschenrechtsrat haben mehr Substanz als dieser Pakt. Man unterhält uns mit Gipfeln und Deklarationen, aber die Staaten betreiben weiterhin Kriegspropaganda, Krieg und Farbige Revolutionen – «colour revolutions» – und machen viel Geld damit.

Warum tun sich die Staaten so schwer, sich auf eine gemeinsame Friedens-Charta festzulegen?

Sie haben sich sehr wohl in der Uno-Charta und in etlichen Verträgen wie zum Beispiel im Non-Proliferation Treaty² und dem Vertrag über die Illegalität von Nuklearwaffen³ festgelegt. Aber sie tun weiterhin, was sie wollen. Die Uno-Charta würde vollkommen genügen, aber viele Staaten sind in offener Rebellion gegen das Völkerrecht und gegen die Uno-Charta. Bekanntlich verfügt die Uno über keinen Mechanismus, ihre Entscheidungen durchzusetzen. Hinzu kommt, dass der Uno-Generalsekretär keinen Mut hat, schweigt, wenn er schreien sollte. Er wagt es nicht einmal, den Völkermord in Gaza als Völkermord zu bezeichnen.



Professor Dr. Alfred de Zayas (Bild thk)

Hier ist doch der IGH gefragt. Die Klage Südafrikas versus Israel ist immer noch hängig. Warum macht das Gericht hier keine Nägel mit Köpfen?

Die Klage Südafrikas gegen Israel wegen Völkermords war und ist berechtigt.⁴ Zweifelsohne betreibt Israel einen Völkermord, nichts weniger. Der IGH hat drei «Orders» erlassen, aber die klaren Feststellungen und Entscheidungen des IGH sind von Israel ignoriert worden.⁵ Mittlerweile schicken die USA und die Europäer noch mehr Waffen nach Israel, so dass Israel den Völkermord an den Palästinensern vollendet. Wenn es jemals einen Fall für die Anwendung der «Responsibility to Protect»-Doktrin gab – dies ist er.⁶ Leider kann der IGH seine Entscheidungen nicht durchsetzen. Dafür wäre eine Resolution des Sicherheitsrates notwendig. Die USA haben bisher mehr als 40 Vetos gegen Resolutionen eingelegt, die Israel kritisieren oder Sanktionen gegen Israel verhängen würden.

² Benjamin Barthe et Philippe Ricard, «Le Hezbollah classé organisation terroriste par l'UE», Le Monde, 23 juillet 2013

³ Yonah Jeremy Bob, «Hezbollah role unmentioned in charges for 2012 Bulgaria terrorist attack», The Jerusalem Post, 31 janvier 2018

⁴ www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/186/186-20240719-sum-01-00-en.pdf

⁵ x.com/UN_PGA/status/1836474849117769750

⁶ www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2679468

⁷ documents.un.org/api/symbol/access?j=N2426280&t=pdf

⁸ www.ohchr.org/en/press-releases/2024/09/exploding-pagers-and-radios-terrifying-violation-international-law-say-un

⁹ opiniojuris.org/2024/03/11/a-forgotten-detail-the-right-of-return-was-a-condition-of-the-establishment-of-the-state-of-israel/

¹⁰ www.theguardian.com/commentisfree/2024/oct/15/israel-united-nations

¹¹ www.aljazeera.com/opinions/2024/5/20/ostracising-israel-at-the-Uno-should-be-a-priority

¹² www.reuters.com/world/middle-east/israel-bars-Uno-secretary-general-entering-country-2024-10-02/

Hat die Uno ihre Glaubwürdigkeit verloren?

Ja, weil die Staaten versagt haben, weil wir – die Zivilgesellschaft – den Völkermord in Rwanda nicht stoppten, den Krieg in Irak duldeten, der Ausbeutung der Entwicklungsländer durch den Internationalen Währungsfonds applaudierten. Ich habe vernichtende Berichte über das Versagen der Weltbank und des IMF dem Menschenrechtsrat und der Generalversammlung vorgelegt.^{7/8} – ohne jegliche Konsequenz – alles bleibt «business as usual».

Ihre Berichte haben jeweils grossen Beifall geerntet. Warum werden Ihre Vorschläge nicht von anderen Staaten eingefordert, von denjenigen, die am meisten unter der Missachtung der Menschenrechte leiden?

Der Beifall kam vor allem aus der globalen Mehrheit, jenen progressiven Staaten von Lateinamerika, Afrika und Asien. Ich habe keinen Beifall von den USA oder von Australien, Kanada, Japan, Grossbritannien, Frankreich oder Deutschland erhalten. Im Gegenteil. Der «kollektive Westen» beabsichtigt weiterhin, die Welt zu beherrschen, und diese Staaten bedienen sich einer verlogenen Sprache und einer monströsen Propagandamaschinerie. Sie haben aus den Menschenrechten Waffen gemacht, Waffen um Länder wie China, Kuba, Nicaragua, Syrien, Russland, Venezuela zu verdammen, aber niemals um sich selbst anzuklagen, niemals um Israel zu verurteilen. Es geht um die «Wahrnehmung» der Realität. Für die grosse Masse in den USA und Europa sind die Palästinenser «Terroristen». Man spricht nicht über ihr Recht auf Selbstbestimmung. Man empfindet sie nicht als «Opfer» von grossen Ungerechtigkeiten und Menschenrechtsverletzungen. Man sieht die Palästinenser als «Täter», die bekämpft werden müssen.

Welche Staaten könnten der Uno wieder mehr Gewicht geben?

Eine gewisse Hoffnung liegt bei der globalen Mehrheit in Lateinamerika, Afrika und Asien. Sie müssen sich zusammentun und

den Imperialismus der USA und den Neo-Kolonialismus der Europäer, Japaner und Australier beim Namen nennen. Sie sollen lieber BRICS beitreten und sich von der Tyrannei des Dollars befreien. Bis dahin bleiben sie erpressbar.

Es gibt seit Tito und Nasser das Non-Aligned Movement, dem 130 Staaten angehören. Warum melden sie sich nicht lautstark zu Wort?

Doch, doch, das Non-Aligned Movement hat seit Jahren die Palästinenser unterstützt. Beim Gipfel in Kampala im Januar 2024 wurde Israel wegen Völkermords angeklagt, insbesondere wurde Israels Verwendung von illegalen Waffen wie Weissem Phosphor verurteilt.^{9/10} Im Oktober 2024 hat das Non-Aligned Movement verlangt, dass die Organisation für das Verbot chemischer Waffen die Verwendung von chemischen Waffen durch Israel untersucht.¹¹

Warum hat sich die Uno von ihren Grundsätzen entfernt?

Die Grundwerte der Uno sind nach wie vor gültig und sollten umgesetzt werden. Aber geopolitische und wirtschaftliche Interessen stehen dem im Wege. Ausserdem betreibt die USA seit der Gründung der Uno dreiste Erpressung – Blackmail. Man ist wie gelähmt, zum Teil weil viele eine völlig falsche Vorstellung der Welt haben – Fake News, Fake History, Fake Law, Fake Diplomacy, Fake Democracy sind überall. Schuld sind die Regierungspropaganda und die Public Relations-Giganten, die uns sagen, was wir zu glauben und wem wir zu glauben haben. Allmählich aber merken viele Staaten, dass es so nicht weiter gehen kann. Man will die Situation ändern, aber die Kritiker werden sofort diffamiert und als «conspiracy theorists» abgetan, Beamte, Professoren werden entlassen, Studenten werden weggewiesen. Es herrscht Meinungsterror.

Sie sagten in einem Vortrag, es brauche dringend Abrüstungsgespräche. Warum finden sie bis heute nicht statt?

Gerade heute sind sie um so notwendiger. Wir sind nicht weit von einer nuklearen Konfrontati-

on zwischen der Nato und Russland, zwischen Israel und Iran. Wir brauchen Abrüstungsgespräche, wie die Luft zum Atmen. Aber seit Jahren blockieren die USA und die EU die Arbeit der Abrüstungskonferenz in Genf, genauso wie sie 2016 die Uno-Resolution über das Menschenrecht auf Frieden sabotierten.¹² Es genügt zu schauen, wie die USA und die EU bei einschlägigen Resolutionen in der Generalversammlung und im Human Rights Council stimmen (siehe Alfred de Zayas: The Human Rights Industry, Kapitel VIII).

Bei Israel und den USA sowie auch bei Deutschland und Grossbritannien sieht man kaum einen Willen zum Frieden. Wie kann man die Staaten dazu bringen, wenn die Waffenlobby den Ton angibt?

Die globale Mehrheit sollte sämtliche kommerziellen und diplomatischen Beziehung zu Israel abbrechen. Sonst ist sie mitschuldig am Genozid (siehe Völkermordkonvention Artikel IIIe).

Sie haben als Sonderberichterstatte an der Uno 25 Grundsätze für ein friedliches Zusammenleben der Völker definiert. Was sind die wichtigsten Gedanken darin, und lassen

Völkermordkonvention

Internationales Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes

Art. I

Die Vertragschliessenden Parteien bestätigen, dass Völkermord, ob im Frieden oder im Krieg begangen, ein Verbrechen gemäss internationalem Recht ist, zu dessen Verhütung und Bestrafung sie sich verpflichten.

(...)

Art. III

Die folgenden Handlungen sind zu bestrafen:

- a) Völkermord,
- b) Verschwörung zur Begehung von Völkermord
- c) unmittelbare und öffentliche Anreizung zur Begehung von Völkermord,
- d) Versuch, Völkermord zu begehen,
- e) Teilnahme am Völkermord.

Quelle: https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/1999/1_5359_4942_4641/de

sich diese in unserer aktuell martialischen westlichen Welt umsetzen?

Erfreulicherweise gibt es etliche Professoren, die meine Analyse unterstützen, unter anderem Jeffrey Sachs, Richard Falk, Stephen Kinzer, Norman Solomon, Dan Kovalik, John Mearsheimer. Ich rede mit vielen Uno-Experten und merke, dass die meisten auch so denken wie ich. Aber es gibt persönliche Gefahren, und nicht alle wollen sich exponieren. Die wichtigsten Gedanken sind die Verpflichtung zu Prävention von Konflikten, das Verbot von Provokationen, das Verbot der Bedrohung und der Gewaltanwendung. Man muss immer wieder an die Gleichheit aller Menschen, aller Kinder Gottes, an die Souveränität der Staaten, an das Selbstbestimmungsrecht der Völker, an das Verbot der Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten erinnern und an das Verbot von unilateralen Zwangsmassnahmen. Diese Gedanken brauchen aber intellektuelle und emotionale Redlichkeit, und beide sind dem Westen abhanden gekommen.

Sie sagen an anderer Stelle, dass die Uno eine erfolgreiche Arbeit geleistet habe, auf der anderen Seite kritisieren Sie zu Recht, dass die Uno ihre Glaubwürdigkeit verloren habe. Können Sie den Widerspruch auflösen?

Zweifelsohne war die Normierung völkerrechtlicher Prinzipien kolossal, die vielen Verträgen, die Menschenrechtspakte, die Arbeitsrechtskonventionen der Internationalen Arbeitsorganisation.¹³ Wichtig waren die vielen Urteile des Internationalen Gerichtshofs. Aber, wenn Staaten wie die USA und Israel diese Urteile systematisch ignorieren oder unterminieren, verliert die Organisation an Glaubwürdigkeit. Ich hoffe, dass bald eine multipolare Welt entsteht und dass sich die globale Mehrheit behauptet und verlangt, dass auch die USA und Israel gezwungen werden, sich ans Völkerrecht zu halten. Die heutige Welt ist vom nuklearen Krieg bedroht. Niemals war die Gefahr so gross wie heute. Immerhin ist der Friede ein Menschenrecht, und alle Staaten sind durch die Uno-Charta – eine Welt-Verfassung – verpflich-

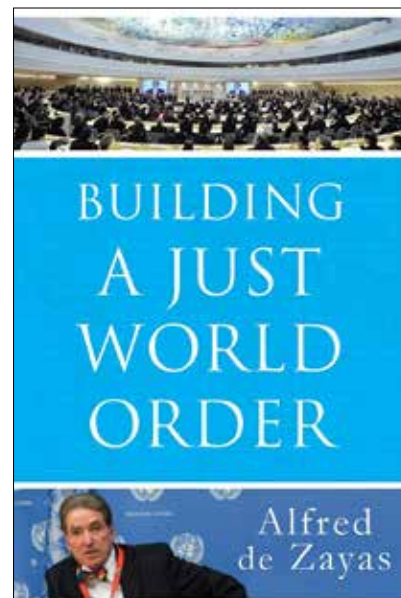
tet, den Frieden zu fördern.

Joe Biden wird in Deutschland mit der höchsten Auszeichnung geehrt. Was heisst das für die vorher angedeutete Schwierigkeit, zu mehr Frieden in der Welt zu kommen?

Preise und Auszeichnungen haben wenig mit Leistung und Würde zu tun. Preisverleihungen sind da, um eine gewisse politische Botschaft zu vermitteln. Obwohl einige wenige Friedensnobelpreisträger den Preis verdienten¹⁴ – etwa Henri Dunant, Bertha von Suttner, Albert Schweitzer, Sean Macbride, Nelson Mandela, Desmond Tutu, und Jose Ramos Horta – waren viele Nobelpreisträger keine Friedensengel – etwa Henry Kissinger, Barak Obama, Martti Ahtisaari, Shimon Peres, Maria Ressa, Memorial und so weiter. Das ganze System der Preise und der Auszeichnungen ist unglaublich korrumpiert worden. Ausserdem, wenn der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag neutral, objektiv und unabhängig wäre, wäre Biden für Verletzungen des Statuts von Rom angeklagt, auch wegen Verletzungen der Völkermordskonvention, denn er trägt die Verantwortung für die Komplizität der USA beim israelischen Genozid gegen die Palästinenser in Gaza und in Libanon. Allerdings ist Biden nicht der einzige Kriegsverbrecher. Es zählen auch Boris Johnson, Rishi Sunak, Keir Starmer, Emmanuel Macron und natürlich auch Olaf Scholz dazu. Tatsache ist, dass der Internationale Strafgerichtshof eine Farce, ein Betrug, eine neokoloniale Einrichtung ist, um Afrikaner anzuklagen, eine imperialistische Institution, um die Rivalen der USA und der Nato zu diffamieren und zu bekämpfen. Ich habe Kapitel 4 meines Buches «The Human Rights Industry», dieser Misere gewidmet, die den moralischen Bankrott des Westens vor Augen führt.

Warum findet der Internationale Strafgerichtshof keine Resonanz?

Der Internationale Strafgerichtshof war eine gute Idee. Ich selber habe als Völkerrechtsprofessor in Chicago zusammen mit Prof. Cherif Bassiouni an dem Statut gearbeitet



Alfred de Zayas: Building a Just World Order. ISBN 978-1949762426

«Eine demokratische und gerechte internationale Ordnung ist möglich. Die Menschheit braucht diese durchsetzbare, auf Regeln basierende Ordnung für eine nachhaltige Entwicklung und das Wohlergehen künftiger Generationen.»

und in den 90er Jahren mehrere enthusiastische Artikel geschrieben, um die Schaffung eines IStGH zu fördern. Zunächst war ich glücklich darüber, dass im Jahre 1998 das Statut angenommen wurde, das dann 2002 in Kraft trat. Die letzten 22 Jahre haben aber gezeigt, dass der IStGH eine hyperpolitische Institution ist und keine neutrale juristische Instanz, sondern eine Waffe in den Händen des «kollektiven Westens», um seine Geopolitik weiter zu betreiben. Der IStGH ist eine politische Einrichtung, um die Gegner des Westens anzuklagen, während die westlichen Staaten verschont werden. Und doch trägt der Westen die Verantwortung für Aggression, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien. Der Westen trägt die Verantwortung für etliche Provokationen, nicht zuletzt die Zerstörung von Nordstream II – alles völkerrechtswidrige Handlungen. Bisher ist kein einziger westlicher Politiker oder Militär angeklagt worden – nicht Jens Stoltenberg, Boris Johnson, Keir Starmer, Bill Clinton, Tony Blair, George W. Bush, Barack Obama, Hillary Clinton, Victoria Nuland, Donald Trump, Mike Pompeo, John Bolton, Joe Biden, Anthony Blinken, François Hollande, Emmanuel Macron,

Angela Merkel, Annalena Baerbock, Olaf Scholz, auch nicht Gerhard Schröder, der zumindest zugegeben hat, dass er mit dem Jugoslawienkrieg das Völkerrecht gebrochen hat, und noch weitere. Heute sind viele westliche Staaten am Völkermord in Gaza und Libanon direkt beteiligt, dadurch dass sie militärische, politische, finanzielle, diplomatische Unterstützung an den Genozidialstaat Israel liefern. Wo bleiben die Haftbefehle gegen Netanjahu und seinen Kriegsminister Yoav Gallant? Man bedenke, wie schnell der IStGH einen Haftbefehl gegen Putin erliess, weil Putin Teile der Zivilbevölkerung des Donbass in Sicherheit brachte, um sie vor dem Kriegsgeschehen zu schützen. Dies dokumentiert die Umdrehung des Statuts des IStGH, die Korrumpierung des Völkerrechts – eine Absurdität – und ist ein weiterer Beweis dafür, wie politisiert dieses sogenannte Tribunal ist.

Was kann die Generalversammlung tun, wenn die USA, Grossbritannien und Frankreich Israel unbedingt schützen wollen und den Sicherheitsrat weiterhin blockieren?

Die Generalversammlung kann «jede Frage im Zusammenhang mit der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erörtern, die ihr von einem Mitglied der Vereinten Nationen vorgelegt wird [...]» (Artikel 11 Absatz 2, 34 und 35 der Uno-Charta).

«Die Generalversammlung kann Massnahmen zur friedlichen Lösung jeder Situation empfehlen [...]» (Artikel 14). Heute soll man an die «Uniting for Peace»-Resolution vom 3. November 1950 erinnern, die Resolution 377(V), auch als «Dean Acheson-Resolution» bekannt, die vorsieht, dass bei Erfüllung bestimmter Bedingungen (Machtlosigkeit des Sicherheitsrats, Entscheidung zur Einberufung der Generalversammlung

und so weiter), «prüft die Generalversammlung die Frage der friedlichen Lösung jeder Situation» (Artikel 14). Die Generalversammlung nutzte das «Acheson-Verfahren» mehrmals und zu unterschiedlichen Zeiten: Militärintervention in Ägypten (1956), Ungarn (1956), Libanon (1958), Indopakistan-Konflikt (1971), Jordanien (1980), Afghanistan (1980), Namibia (1981), Bosnien und Herzegowina (1992) und so weiter.

Im Falle Ägyptens (israelische Aggression und englisch-französische Invasion im Jahr 1956) richtete die Generalversammlung am 5. November 1956 auf Initiative von Generalsekretär Dag Hammarskjöld eine Friedenstruppe von 6000 Mann ein, die Nothilfetruppe der Uno (UNEF), die bis 1967 vor Ort blieb.

Mit anderen Worten: Hundert Staaten können die Einberufung der Generalversammlung zur Beschlussfassung beantragen. Wenn dies nicht geschieht, liegt das daran, dass es derzeit nicht 100 grosse oder kleine Staaten gibt, die den politischen Willen dazu haben.

Das bedeutet, dass zwei Länder (Gaza und Libanon) zerstört werden und ihre Bevölkerung getötet wird, und die Uno unternimmt nichts, um dies zu verhindern. Darüber hinaus duldet der Sicherheitsrat, dessen spezifische Aufgabe darin besteht, den Frieden zu schützen und/oder wiederherzustellen, die Aggression tatsächlich, wie es bereits in ähnlichen Fällen geschehen ist.

Das bedeutet, dass zwei Länder (Gaza und Libanon) zerstört werden und ihre Bevölkerung getötet wird, und die Uno unternimmt nichts, um dies zu verhindern. Darüber hinaus duldet der Sicherheitsrat, dessen spezifische Aufgabe darin besteht, den Frieden zu schützen und/oder wiederherzustellen, die Aggression tatsächlich, wie es bereits in ähnlichen Fällen geschehen ist. Eine «Uniting for

Peace»-Resolution müsste von der Generalversammlung angenommen werden, die den Völkermord der israelischen Regierung gegen die Palästinenser beim Namen nennt und konkrete Massnahmen ergreift, um ihn zu stoppen, zum Beispiel durch Uno-Truppen, Blauhelme. Dafür gibt es Präzedenzfälle wie zum Beispiel Korea und Kongo. Es muss sich eine Mehrheit in der Welt bilden, die die verbrecherische Haltung der USA und Europas schärfstens verurteilt und Rechenschaft von ihnen verlangt. Inzwischen ist der moralische Bankrott des Westens für die globale Mehrheit zu offensichtlich geworden, aber unsere westlichen Politiker und Medien wagen es noch zu behaupten, wir seien im Recht. Totaler Unsinn. Wir im Westen stehen auf der falschen Seite der Geschichte.

Herr Professor de Zayas, vielen Dank für das Gespräch.

Interview Thomas Kaiser

¹ www.un.org/en/summit-of-the-future

² disarmament.unoda.org/wmd/nuclear/npt/text

³ www.icanw.org/tpnw_full_text

⁴ www.icj-cij.org/case/192

⁵ www.amnesty.de/aktuell/israel-besetzte-palaestinenische-gebiete-igh-voelkermord-urteil-zivilbevoelkerung-schuetzen

⁶ www.un.org/en/genocide-prevention/responsibility-protect/about

⁷ www.ohchr.org/en/documents/thematic-reports/ahrc3640-report-independent-expert-promotion-democratic-and-equitable

⁸ www.ohchr.org/en/documents/thematic-reports/a72187-report-independent-expert-promotion-democratic-and-equitable

⁹ www.aljazeera.com/news/2024/11/19/non-aligned-movement-criticises-israeli-war-in-gaza-at-kampala-summit

¹⁰ www.reuters.com/world/non-aligned-movement-leaders-denounce-israels-military-campaign

¹¹ en.irna.ir/news/85623907/Non-Aligned-Movement-condemns-Israeli-crimes-in-Gaza-Lebanon

¹² www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/declaration-right-peoples-peace

¹³ www.ilo.org/

¹⁴ www.nobelpeaceprize.org/laureates/realnobelpeace.org/ipb.org/honoring-the-legacy-of-fredrik-s-heffermehl-a-voice-for-peace-and-a-final-masterpiece/

Die angeblich humanste Armee der Welt ...

von Ivo Zanoni*

Es geht um einen Gedanken-
gang. Dabei ist klar, dass wir,
die wir darüber nachdenken kön-
nen, uns in einer privilegierten
Situation befinden. Andere ha-
ben diese Gelegenheit angesichts
der dramatischen Situation, in
die sie gestossen werden, nicht.

Plötzlich ein Evakuierungsbefehl

Man stelle sich vor: Du befindest dich bei dir zu Hause und du bist vielleicht dabei, die Zeitung zu lesen, zu kochen oder eine Person zu betreuen, vielleicht eine Partnerin, ein Kind, einen Elternteil. Nun geschieht es, dass aus einem Flugzeug lose Blätter abgeworfen werden. Einige flattern vor deinem Küchenfenster vorbei. Du öffnest es und ergreifst einen dieser Zettel. Darauf ist zu lesen:

Aufforderung zum unverzüglichen Verlassen dieses Sektors / Evakuierungsbefehl:

Begeben Sie sich in Sicherheit, ab 18 Uhr werden Armee-Einheiten eine Spezialaktion in diesem Sektor ausführen. Es liegen deutliche Hinweise vor, dass sich dort Terroristen aufhalten. Falls Sie den Ort bis zur erwähnten Uhrzeit nicht verlassen haben, können wir für Ihre Sicherheit keine Garantie übernehmen.

Die israelische Armee (The Israel Defense Forces)

Nach einem ersten Überfliegen des Zettels, der in grüner Farbe aus dem Himmel auftauchte, erfasst dich eine tiefe Wut, dann bittere Verzweiflung. Den soeben in den Ofen geschobenen Kuchen nimmst du sogleich wieder heraus. Du schliesst das Fenster, du siehst, wie auch Nachbarn nach den Zetteln greifen und danach ihre Fenster wieder schliessen. Erste Menschen strömen bereits in Hast und mit ein paar Habseligkeiten unter dem Arm in Richtung Parkplatz. Deine Kinder sind nicht zu Hau-

se – was nun? Kommen sie vor 18 Uhr nach Hause? Und was ist mit deiner Mutter, die am anderen Ende der Stadt krank im Bett liegt? Ist ihr Viertel auch von diesem «Evakuierungsbefehl» betroffen? Und der Nachbar unten im gleichen Gebäude, was soll er tun? Seine Frau ist nach einem Unfall auf einen Rollstuhl angewiesen, der gerade in diesen Tagen in Reparatur ist. Dein Vater hat Schafe und Ziegen auf dem Feld – was geschieht mit ihnen?

Du blickst auf die Uhr, es ist 16:45 Uhr. Es bleibt nicht mehr viel Zeit. Als Erstes musst du...

Völkerrechtskonform?

In einem Interview, das Ifat Reshef, die israelische Botschafterin in Bern, dem Sonntagsblick am 6. Oktober 2024 gab, meinte sie: «Israel respektiert und hält sich an das Völkerrecht. Bevor die israelische Armee zuschlägt, warnen wir die Zivilbevölkerung. Welche Armee auf der Welt tut das? In Gaza haben wir gesagt, welche Strassen die Menschen verlassen sollten, und im Libanon haben wir sogar die Gebäude genannt, die wir attackieren. Wir arbeiten proaktiv daran, immer mehr Hilfe nach Gaza zu bringen.» Im Weiteren bemerkte sie auf die Frage, ob die Schweiz naiv sei, wenn sie alle Konfliktparteien zur Deeskalation aufrufe: «Ich kann den Wunsch nach Deeskalation verstehen. Ich schätze die guten Absichten und die Freundschaft der Schweiz. Aber ein Waffenstillstand ist zum jetzigen Zeitpunkt keine Lösung und nur dann eine Option, wenn der Feind besiegt oder ausreichend abgeschreckt ist, damit er uns nicht in ein paar Monaten erneut angreifen kann.»

Und hier die Frage an Exzellenz Reshef und an die Leute, deren Position sie ex officio vertreten muss und die sie auch ganz verinnerlicht hat: Die angeblich humanste Armee der Welt ist damit beschäftigt sich selbst zu verteidigen – in Ihrer Sichtweise.

Nun aber, wenn Sie die oben geschilderte reale Szene beden-

ken, könnte es nicht sein, dass diese Situation, mit der sich die betroffenen Menschen konfrontiert sehen, einem Pogrom und einer definitiven Vertreibung gleichkommt?

Es ist klar, dass Exzellenz Reshef solche Fragen, die ihre Regierung und sie als Anmassung, Provokation und antisemitische Tirade betrachten, nicht beantwortet. Sie «attackieren» und «schlagen zu», mit unverminderter Härte, um zu erreichen, was mit diesen Mitteln zu erreichen ist.

Wer behauptet human zu sein, muss mit dem guten Vorbild vorgehen. ■

* Ivo Zanoni ist Journalist und Schriftsteller, lebt im Tessin und schreibt regelmässig auf Deutsch und Italienisch unter anderem für die *Tessiner Zeitung* und für *Terra Ticinese*.

Offener Brief an den Ständerat

Ohne die UNRWA kann der Bevölkerung von Gaza keine Hilfe geleistet werden

hhg. Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) ist Israel schon lange ein Dorn im Auge. Mit massiven Anschuldigungen, die sich bei genauer Untersuchung als haltlos erweisen, versucht Israel die Uno-Mitgliedstaaten davon abzuhalten, die UNRWA aus humanitären Gründen weiter zu finanzieren. 2019 hatte Israel der UNRWA, damals unter dem Schweizer Pierre Krähenbühl, massivstes Missmanagement vorgeworfen. Verschiedene westliche Länder, darunter auch die Schweiz, stellten daraufhin ihre Zahlungen ein. Nachdem eine gründliche Untersuchung der Uno 2020 ergab, dass die Anschuldigungen Israels unbegründet waren, nahm die Schweiz ihre Zahlungen wieder auf.¹

Seit dem Krieg gegen den Gaza-Streifen versucht Israel verstärkt, die UNRWA zu diskreditieren, indem sie sie als von der Hamas unterwandert darstellt. Unterdessen

wirkt das auch in das Schweizer Parlament hinein, wo Nationalrat David Zuberbühler – Mitglied der parlamentarischen Freundschaftsgruppe Schweiz-Israel² – am 13. April 2024 die Motion: «Sofortige Einstellung der Beiträge an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten» einbrachte, in der er behauptet: «Die UNRWA ist infiltriert mit Hamas-Sympathisanten.»³ Obwohl auch diese Anschuldigung von der Uno untersucht und als haltlos zurückgewiesen worden ist, hat der Nationalrat der Motion Zuberbühler in der Sommersession zugestimmt, was kein gutes Licht auf die Fähigkeit der Mehrheit der Parlamentarier wirft, zu einem Geschäft sorgfältig zu recherchieren. Bereits der Fall Krähenbühl müsste doch Warnung genug gewesen sein, dass von Israel getätigte Anschuldigungen sorgfältig überprüft werden müssten. Als nächstes wird die Motion

Zuberbühler im Ständerat diskutiert werden.

In einem offenen Brief an den Ständerat hat das Observatoire Éthique et Santé Humanaire³ zum Entscheid des Nationalrates Stellung genommen und die haltlosen Vorwürfe gegenüber der UNRWA richtiggestellt. Diese Stellungnahme bringt aufs Schönste die humanitäre Schweiz zum Ausdruck, zu der wir wieder zurückkehren müssen. ■

¹ www.srf.ch/news/international/palaestiner-hilfswerk-unrwa-pierre-krachenbuehl-baunopfer-einer-bedraengten-uno

² zum Zweck der Freundschaftsgruppe Schweiz - Israel: «Die Gruppe vertritt israelische Positionen in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Beziehungspflege mit der Knesset, ihren Mitgliedern und mit der israelischen Botschaft.

Aktivitäten / Activités / Attività: Informations- und Austauschtreffen. Gruppenreise nach Israel (mind. 1x/Legislatur).»

www.parlament.ch/centers/documents/de/freundschaftsgruppe-bundesversammlung.pdf

³ www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20243194

⁴ oesh.ch

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Mitglieder des Ständerates

In seiner Sitzung vom 9. September 2024 hat eine Mehrheit des Nationalrates beschlossen, die Unterstützung für die UNRWA auszusetzen, die bereits vor einigen Monaten halbiert worden war. Diese Entscheidung beruhte auf politischen Erwägungen, die durch unbegründete Gerüchte genährt wurden und nicht auf verlässlichen Fakten oder der realen Notlage einer leidenden Bevölkerung. Insbesondere basiert sie auf dem irreführenden Argument, dass die UNRWA ein Verbündeter der Hamas sei, die für die Gräueltaten vom 7. Oktober 2023 gegen israelische Zivilisten verantwortlich ist. Folglich wird daraus der Schluss gezogen, dass diese Uno-Organisation, die von einem Schweizer Bürger geleitet wird, eine terroristische Organisation finanziere.

Nach den Anschuldigungen der israelischen Regierung, dass Mitarbeiter der Agentur an den tödlichen Angriffen vom 7. Oktober beteiligt gewesen seien, forderte die UNO eine Untersuchung der Neutralität der Agentur. Diese wurde einer unabhängigen Kommission unter der Leitung von Catherine Colonna, der ehemaligen französischen Aussenministerin, übergeben. Der Bericht, der im April 2024 dem Generalsekretär übergeben wurde, legt dar, dass es keine Beweise für eine Komplizität mit der Hamas gibt: «Bis heute hat Israel keine Beweise für die Beteiligung von UNO-Mitarbeitern an diesen Angriffen vorgelegt.» Zudem wird darin festgestellt: «Die UNRWA verfolgt einen neutralen Ansatz als andere ähnliche Organisationen der Vereinten Nationen oder NGOs.»

In der Folge dieses Berichts haben Japan, Deutschland, Italien, Australien, Kanada und Grossbritannien ihre Finanzierung wieder aufgenommen.

Unser Vorgehen ist nicht politisch in einem parteiischen Sinne, sondern basiert lediglich auf dem Schutz der Menschenrechte. Wir sind auch besorgt um die Bewahrung der humanitären Tradition unseres Landes und dessen Einfluss in der Welt.

Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) wurde offiziell am 27. Dezember 1949 gegründet, um den Flüchtenden zu helfen, die bei der Gründung des Staates Israel geflohen sind oder vertrieben wurden, sowie infolge der nachfolgenden Konflikte. Die Gründung dieser Agentur ist das Ergebnis der Annahme der Resolu-

tion 302 (IV) der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die am 8. Dezember 1949 verabschiedet wurde. Daher hat nur die Generalversammlung der UNO die Befugnis, ihr Mandat zu ändern oder aufzuheben. Derzeit beschäftigt die UNRWA etwa 30 000 Personen, überwiegend Palästinenserinnen und Palästinenser, und ihr Mandat umfasst Bildung, soziale Angelegenheiten und Gesundheit. Die UNO-Organisation leistet Hilfe und Schutz für 5,9 Millionen registrierte palästinensische Flüchtlinge in Jordanien, Syrien, Libanon, im Gaza-Streifen und im Westjordanland, einschliesslich Ostjerusalem. Diese Information ist wichtig, denn wenn Sie die Einstellung der finanziellen Unterstützung der Schweiz für die UNRWA beschliessen, bestrafen Sie nicht nur die Bevölkerung des Gaza-Streifens, sondern sämtliche palästinensischen Flüchtlinge im Nahen Osten.

Um sich zu entlasten und die katastrophalen Auswirkungen dieser Entscheidung auf die Bevölkerung von Gaza zu kompensieren, behauptet die Mehrheit der Nationalrätinnen und Nationalräte, dass die Hilfe durch von der Eidgenossenschaft finanzierten schweizerischen humanitären NGOs bereitgestellt wird. Allerdings verfügt keine schweizerische NGO über die Mittel, die Expertise oder die Kapazitäten, um die UNRWA zu ersetzen. Selbst das Rote Kreuz, das UNHCR und das IKRK haben in ihren eigenen Erklärungen festgestellt, dass sie die UNRWA nicht ersetzen können. In diesem Sinne hat ebenfalls Herr Bundesrat Ignazio Cassis erklärt, dass keine Hilfe an die Bevölkerung von Gaza verteilt werden kann ohne die UNRWA.

Angesichts der derzeit katastrophalen Gesundheits- und Ernährungssituation sind 2,2 Millionen Menschen in akuter Not und dringend auf Unterstützung angewiesen. Diese kann ausschliesslich von der UNRWA bereitgestellt werden.

Früher war der Gaza-Streifen nahezu autark in der Lebensmittelproduktion und stellte Gemüse, Geflügel, Milchprodukte und Obst zur Versorgung seiner Bevölkerung her. Laut der FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen)

sind 96 % der Bevölkerung im Gaza-Streifen von erheblicher Ernährungsunsicherheit betroffen. Sie warnt vor dem hohen Risiko einer bevorstehenden Hungersnot.

Zum Zeitpunkt dieses Schreibens beläuft sich, gemäss Palestine Red Crescent Society (PRCS), die Zahl der Opfer auf insgesamt 40 972 Tote, darunter 16 756 Kinder, sowie 94 761 Verletzte, von denen mindestens 6 168 Kinder betroffen sind. In einem Artikel der renommierten internationalen medizinischen Fachzeitschrift *The Lancet*, veröffentlicht am 9. Juli 2024, schätzten die Autoren vorsichtig, dass sich die Gesamtzahl der Kollateralschäden dieses Konflikts aufgrund der sich verschlechternden gesundheitlichen Lage auf etwa 186 000 Todesfälle beläuft. Diese Todesfälle sind das Ergebnis mangelnder medizinischer Versorgung, unzureichenden Zugangs zu Medikamenten, Nahrungsmitteln und der Verschmutzung des Trinkwassers und viele Personen bleiben in den Trümmern vermisst.

Aus diesem Grund fordern die Unterzeichnenden, die aus den Bereichen Wissenschaft, Diplomatie und humanitärer Hilfe stammen und die Initiative des Ethik- und Humanitären Gesundheitsbeobachtungsinstituts unterstützen, Sie auf, durch Ihre Stimme die Entscheidung des Nationalrates zu revidieren und die finanzielle Unterstützung der Schweiz für die UNRWA wiederherzustellen.

Mit unseren herzlichen Grüssen

Nago Humbert, Leiter des Observatoriums für Ethik und Humanitäre Gesundheit, ehemaliger Mitarbeiter des Roten Halbmonds und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Jerusalem und Gaza, Gründer von Médecins du Monde Schweiz

Carla del Ponte, ehemalige Bundesanwältin der Schweiz, ehemalige Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien

Jean-Daniel Ruch, ehemaliger Botschafter der Eidgenossenschaft in Israel, der Türkei und in Serbien, ehemaliger Sonderbeauftragter der Schweiz für den Nahen Osten

Yves Besson, ehemaliger Schweizer Diplomat, ehemaliger Direktor der UNRWA im Westjordanland, 1993-96 Leiter der Uno-Delegation für den Friedensprozess nach den Oslo-Abkommen

Jacques de Watteville, Staatssekretär im

Eidgenössischen Finanzdepartement (2012-2016) und Staatssekretär im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (2015-2017), ehemaliger Botschafter und ehemaliger Delegierter des IKRK im Libanon

Urs Ziswiler, ehemaliger Botschafter der Eidgenossenschaft in den USA, Kanada und Spanien. Ehemaliger Leiter der Abteilung «Humanitäre Politik und internationale Flüchtlingsfragen» im EDA und ehemaliger Delegierter des IKRK in Gaza und Tel Aviv

Salome Zimmermann, Doktorin der Rechtswissenschaften, Anwältin, ehemalige Richterin am Bundesverwaltungsgericht

Charles Kleiber, ehemaliger Staatssekretär für Bildung, Forschung und Innovation und ehemaliger Generaldirektor des CHUV Lausanne

Yves Daccord, Ehemaliger Generaldirektor des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK)

Viviane Châtel, Soziologin, Lehrbeauftragte und Forscherin, Lehrstuhl für Sozialarbeit und Sozialpolitik, Universität Freiburg, Leiterin des Masterstudiengangs «Ethik, Verantwortung und Entwicklung»

Jean-Daniel Gerber, ehemaliger Staatssekretär für Wirtschaft des Bundes (SECO) und ehemaliger Direktor des Bundesamts für Flüchtlinge (heute SEM)

Didier Pfirter, ehemaliger Sonderbotschafter der Eidgenossenschaft im Nahen Osten

Lorenzo Amberg, ehemaliger Botschafter der Eidgenossenschaft in Georgien und Griechenland

Franco Cavalli, Onkologe, Professor, Forscher, Präsident der Internationalen Union gegen Krebs und humanitärer Arzt

Thomas Bischoff, Arzt, ehemaliger Direktor des Universitären Instituts für Allgemeinmedizin (IUMG) in Lausanne, Mitglied der Vereinigung MASM (Médecins Action Santé Migrants)

Jochi Weil-Goldstein, ehemaliger Sekretär von Medico International Schweiz, verantwortlich für mehrere medizinische Projekte in Israel/Palästina

Ruth Flint, ehemalige Botschafterin der Eidgenossenschaft im Libanon (2010–2014)

Janvier de Riedmatten, ehemaliger Vertreter des UNHCR in Jordanien, Griechenland, Angola, Kongo, Irak; ehemaliger Delegierter des IKRK in Gaza und im Libanon

Observatoire Éthique et Santé Humanitaire
Neuchâtel, le 15 octobre 2024

Quelle: oesh.ch/lettre-au-conseil-des-etats/